



# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

Nr. 94

Dezember  
2022

**DIE LINKE.**



## Kurs Klimakatastrophe

**Solidarische linke Regionalpolitik  
durch Investitionslenkung**

**Linke vereint Euch – jetzt oder nie!**

Die Tarantel gibt es noch – auch wenn sie das letzte Mal vor einem dreiviertel Jahr erschienen ist. Das ist eine lange Zeit – der Redaktionsschluss der letzten Ausgabe (Nr. 93) war vor einem Jahr, in dem viel passiert ist.

Diese Themen wollen wir an dieser Stelle zumindest im Schnelldurchlauf beleuchten.

Die **Bundestagswahl im September 2021** war für die LINKE enttäuschend. Nur Dank dreier Direktmandate gelang der Wiedereinzug in den Bundestag. Ein Hauptgrund für die herben Verluste ist auf jeden Fall darauf zurückzuführen, dass in der Parteiführung viele von vornherein auf das Mitregieren fokussiert waren und damit eher bei den Grünen und der SPD um Wohlwollen gebuhlt haben, statt deren falsche Politik zu kritisieren. Irritationen hat auch S. Wagenknecht mit Ihrem Buch „Die Selbstgerechten“ ausgelöst. Sicher ist die Linke inzwischen viel zu wenig in der Arbeiterklasse verwurzelt, aber die sozialen Themen, die die Geringverdiener, Arbeitslosen und abhängig Beschäftigten bewegen, wurden durch die Linke immer besetzt. Allerdings ist es schwer, auch aufgrund der wegbrechenden und überalterten Parteibasis, den Ruf als „Kümmererpartei“ im Osten aufrechtzuerhalten. Dazu kommt, dass DIE LINKE in Regierungsverantwortung in den Ländern mehr oder weniger immer enttäuscht hat, Kompromisse eingehen musste bzw. wollte, die dazu führten, dass sie letztendlich weniger Stimmen bei den nächsten Wahlen bekommen hat.

Die Ampelkoalition macht eine Politik, die gegen die Grundinteressen der Bevölkerung ist – was anderes war auch nicht zu erwarten. Besonders perfide sind die 100 Mrd. „Sondervermögen“, d. h. 100 Mrd. extra Schulden für die Militarisierung. Der zweite Weltkrieg ist wohl schon zu lange vorbei??? Wir fordern stattdessen 100 Mrd. für den sozialökologischen Umbau, auch das Gesundheitswesen und die Bildung werden schon viel zu lange vernachlässigt.

Der **von Russland gegenüber der Ukraine geführte Krieg** ist vorbehaltlos zu verurteilen – nur kann man die Vorgeschichte dazu nicht ignorieren. Russland tut genau das, was der Westen, insbesondere die USA als „Weltgendarm“ schon immer für sich beanspruchten und beanspruchen. Man denke nur an Irak, Afghanistan, Guantanamo ... Warum wird eigentlich die USA nicht endlich mal zur Verantwortung gezogen wegen des Völkermords an ihrer eigenen Urbevölkerung oder wegen des militärisch unsinnigen Einsatzes der Atombomben im Zweiten Weltkrieg in Japan? Die Scheinheiligkeit der „wertebasierten“ Politik zeigt sich z. B. darin, dass es bis 2021 gedauert hat, bis die Bundesrepublik zumindest den Völkermord an den Hereros und Nama in Südwestafrika anerkannt hat, gleichzeitig aber rechtliche Ansprüche auf Entschädigung

ausschließt. Die Hungerkatastrophe in den 1930-er Jahren in der Ukraine (übrigens gab es sie nicht nur dort) wird, obwohl die Historiker dies größtenteils bestreiten, durch die deutsche Politik als Genozid schnellstens durchgewunken. Von Russland fordert man jetzt schon Reparationen, weigert sich aber andererseits bis heute, Reparationen beispielsweise an Polen oder Griechenland für die Schäden im Zweiten Weltkrieg zu zahlen. – Übrigens hat die DDR nach dem zweiten Weltkrieg alle Reparationen an die UdSSR gezahlt, die ehemalige Bundesrepublik Deutschland nichts.

Auch Russland ist schon lange ein kapitalistisches Land mit imperialen Ansprüchen und Einflusssphären, die es halten will. Insofern verwundert der Krieg nicht wirklich. Und weshalb das ein Zivilisationsbruch sein soll, erschließt sich nicht. – Aber Waffenlieferungen sind kontraproduktiv und schaffen keinen Frieden! Die deutsche Politik und insbesondere auch DIE LINKE muss sich für sofortige Verhandlungen stark machen! Umso schockierender ist es, dass es führende Genossen in der Partei gibt, die für Waffenlieferungen eintreten. Sicher, Sahra Wagenknecht ist umstritten, aber zumindest stellt sie die friedenspolitischen Positionen des Parteiprogramms nicht zur Debatte. Natürlich ist es ein Wirtschaftskrieg, der gegen Russland geführt wird und der offenbar zukünftig auch gegen China präferiert wird. Herr Ramelow redet von Waffenlieferungen und plädiert für Wehr- und Pflichtdienste. Wo bleiben denn da die Austrittsforderungen? Seine Meinung ist auf jeden Fall nicht mit dem Erfurter Parteiprogramm vereinbar.

Zwischenzeitlich gab es ja im **Juni in Erfurt** wieder einen **Parteitag**, in dem die Gremien neu gewählt wurden. Allerdings gab es keinen Aufbruch. Die sogenannten Bewegungslinken und Regierungsbefürworter haben massiv ihren Einfluss erhöht. Nicht mal die klassischen sozialdemokratischen Kräfte (Pellmann) wurden gewählt. – Sicher ist, dass so die LINKE schon lange nicht mehr wirklich gesellschaftsverändernd wirkt. Schon der Name ist ja ein Kompromiss bei der Vereinigung mit der WASG gewesen, die offenbar den Begriff des Sozialismus vermeiden wollte. Und wer erinnert sich nicht an den Aufschrei bestimmter Kreise der LINKEN, als Gesine Löttsch auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2011 über Wege zum Kommunismus nachdachte? Nicht umsonst gibt es etliche Kreise in der LINKEN, die gern das Erfurter Programm von 2011 verändern wollen.

Im Erfurter Programm ist auch eine starke Betonung auf die ökologische Frage gegeben und unser Standpunkt als Friedenspartei festgehalten. Aber mit ökologischen Aspekten haben viele, vor allem führende Genossen, nach wie vor größere Probleme, nicht nur bei den „Linkskonservativen“ um Sahra Wagenknecht.

Auch wenn die Bundestagsfraktion in der letzten Legislaturperiode den Klimaaktionsplan verabschiedet hatte, wird immer wieder die pauschale Formulierung „Nicht grüner als die Grünen“ zu sein, hervorgezogen, leider selbst von Gregor Gysi. Einige haben immer noch nicht verstanden, dass ohne die Bewahrung der Umwelt das Überleben der Menschheit nicht möglich ist. Und Kriege verschlingen Geld und Ressourcen und verhindern die Konzentration auf die entscheidenden Überlebensfragen. Deshalb muss Deutschland auch raus aus der NATO und einen neutralen Status anstreben!

Im Rahmen der Proteste gegen die Abwälzung der Energiekosten auf die Bevölkerung muss die LINKE über bloße Sozialproteste hinausgehen, d. h. auch den Finger in die Wunde legen. Erstens sind die steigenden Energiekosten das Ergebnis jahrzehntelanger Verschleppung der Energiewende und zweitens wird der Krieg zwischen Russland und Ukraine zum Anlass genommen, um die Profite für die Großkonzerne zu steigern und die Schuld auf Russland abzuwälzen. Die LINKE muss klar artikulieren, dass sie sofortige Friedensverhandlungen will!

In welche Richtung geht die LINKE? Auf jeden Fall wird keine Partei benötigt, bei der die Basis die Arbeit macht, damit ein paar Hundert Berufspolitiker und hauptamtlich im Umfeld der Partei Beschäftigte ihre Pöstchen behalten und ihr Ego befriedigen können. Dafür sind einige bereit, auch die rote Linie bei Militäreinsätzen und Friedensfragen zu überschreiten. Ja, wir sollten als Basis z. B. auch dafür wirken, dass eine Begrenzung der Amtszeiten auch im Bundestag und den Landtagen für linke Politiker kommt. Auch unserer Parteitagsantrag (siehe S. 22) zielte in die Richtung, dass sich die „Ebene der Entscheider“ nicht von der Basis abkoppelt.

Lasst uns dafür streiten, dass die LINKE wieder eine systemverändernde Partei wird, die für den sozial-ökologischen Umbau eintritt und die auch kein Wenn und Aber beim Bewahren der friedenspolitischen Positionen kennt! Die Ökologische Plattform tut das. Glücklicherweise war es in diesem Jahr endlich wieder möglich, mit Infoständen aufzutreten – Bilder vom Umweltfestival am 11. Juni 2022 in Berlin und vom Parteitag in Erfurt im Juni, wo die ÖPF mit Ständen vertreten war, zeigen dies. Im September fand zudem endlich wieder ein „richtiges“ Bundestreffen in Hildesheim statt, bei dem der SprecherInnen- und Koordinierungsrat neu gewählt wurden.

Aber am Ende noch ein paar kurze Worte konkret zu ökologischen Themen.

In diesem Jahr jährte sich der Jahrestag des legendären Berichts „Die Grenzen des Wachstums“ des „**Club of Rome**“ zum 50. Mal. Nach dem starken globalen

Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg war Anfang der 70-er Jahre bereits sichtbar, dass der Mensch mit seiner umfassenden Industrialisierung und technologischen Weiterentwicklung zu einer Größe geworden ist, die nachhaltig – im negativen Sinne – die Umwelt beeinflusst. Insbesondere durch die Erhöhung des Kohlendioxidgehalts der Atmosphäre, die Zerstörung der Ökosysteme und die Ressourcenverschwendung und Vergiftung der Umwelt hat die Menschheit das Zeitalter des Anthropozäns eingeläutet. Doch Politik und Wirtschaft haben den Bericht lange ignoriert, das Wachstum ging immer weiter – bis heute. Dem Bericht wurde Schwarzmalerei unterstellt, man redete und redet von qualitativem Wachstum und Entkopplung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch.

Doch die negativen Entwicklungen ließen sich auf die Dauer nicht unter den Tisch kehren, so dass es zur **Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992** kam. Nach der Umweltkonferenz gab es ab 1995 jährliche Konferenzen der Vertragsstaaten (Conference of the Parties – COP). Die 2021 in Glasgow durchgeführte COP26 und auch die gerade kürzlich in Scharmasch-Schaich (Ägypten) stattgefundene Konferenz COP27 wecken keine Hoffnungen, dass die Klimakatastrophe noch vermieden werden kann. Was hilft es, wenn weiter auf das 1,5-K-Ziel Bezug genommen wird, aber jeder weiß, dass sich das Zeitfenster, um diese Vorgabe noch zu schaffen, allmählich schließt? Der **6. Sachstandsbericht des IPCCs** (Intergovernmental Panel on Climate Change) ist inzwischen vollständig veröffentlicht worden. Danach müssten in der gegenwärtigen Dekade von 2020–2030 die Investitionen für Klimaschutz etwa 3- bis 6-mal so hoch sein wie gegenwärtig, um die Erderhitzung auf 2 K zu begrenzen!

Hoffen wir, dass die **15. Weltbiodiversitätskonferenz**, die nun im Dezember endlich in Präsenz in Montreal stattfinden soll, wenigstens den Naturschutz vorantreibt und hilft, den Verlust an Biodiversität einzudämmen. Die Abholzung der tropischen Wälder, die Korallenbleichen aufgrund der Erwärmung der Meere und nicht zuletzt die industrielle Landwirtschaft, die keinen Raum für kleinteilige ökologische Nischen lässt, bringt die Vielfalt der Fauna und Flora immer mehr in Bedrängnis. Die aktuelle Aussterberate dürfte den natürlichen Artenverlust um das 100-Fache übersteigen. Es wird angestrebt, bis 2030 30 Prozent der Landfläche und der Meere unter Schutz zu stellen. Das wäre bitter nötig. – Die Klimakatastrophe wird schon schlimm genug, als das größere Problem wird sich auf lange Sicht aber das Artensterben erweisen, weil es letztendlich zum Zusammenbrechen der natürlichen Ökosysteme führen dürfte.

Die Redaktion

## Kurs Klimakatastrophe

**Der Weltklimarat warnt vor verheerenden, irreversiblen Folgen unseres Krieges gegen die Natur und das Klima**

**Jürgen Tallig**

Auch wenn die Welt diese Nachricht in der jüngsten lautstarken Propagandaschlacht des fossilen Zeitalters kaum vernommen hat, so ist doch unser Krieg gegen die Natur unverändert die eigentliche Herausforderung auf Leben und Tod, vor der die Menschheit steht.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres nennt den kürzlich erschienenen neuen Bericht des Weltklimarates IPCC „einen Atlas des menschlichen Leids und eine Anklage gegen das kriminelle Versagen der Klimapolitik“. Fast die Hälfte der Menschheit ist schon jetzt besonders stark vom Klimawandel und seinen Folgen bedroht, ein weiteres Viertel muss sich an drastische Veränderungen anpassen.

### **Milliarden Menschen sind bereits betroffen**

Die nächsten Jahre sind absehbar die letzte Gelegenheit, um die drohende Klimakatastrophe noch zu verhindern und die Erderwärmung auf 1,5 Kelvin zu begrenzen. Denn die Entwicklungen verlaufen schneller, die Risiken sind größer und die Biosphäre reagiert sensibler als bisher angenommen, schreibt der IPCC im zweiten Teil seines sechsten Sachstandsberichts. Sollte sich die Welt auch nur zeitweise über die Marke von 1,5 Kelvin erwärmen, rechnen die Autoren mit irreversiblen Auswirkungen auf die Ökosysteme. „Die Risikoschwellen werden schon bei deutlich niedrigeren Temperaturen erreicht“, so Hans-Otto Pörtner vom Alfred-Wegener-Institut (AWI) in Bremerhaven, einer der Hauptautoren des Berichts. Ein Zurück, zum Beispiel durch CO<sub>2</sub>-Rückholung, wird es bald nicht mehr geben.

Die Klimarisiken schaukeln sich jetzt bereits hoch. „Jenseits der 1,5 Grad sehen wir schwerwiegende, zum Teil irreversible Schäden“, sagt Mitautor Matthias Garschagen von der Uni München. „Zum Beispiel das Auftauen von Permafrostböden, das rasante Abschmelzen von Gletschern und Meereis und der weitere Verlust von Waldflächen. Das führt dazu, dass es immer schwieriger wird, die Temperaturkurve später wieder zu senken.“

### **Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung**

Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung – das war das inspirierende Motto der ökumenischen Bewegung in den 1980-er Jahren in der DDR. Es ist heute aktueller denn je und drückt die Kernpunkte des notwendigen neuen Denkens aus.

So schrecklich der Angriff auf die Ukraine ist, das Abrutschen in eine Eskalationsspirale von Gewalt, Erpressung, Waffenexporten und weiteren Kriegen muss unbedingt verhindert werden. Krieg, ökonomische Erpressung und Aufrüstung können nie eine Lösung sein, wie wir vor über 30 Jahren schon einmal wussten – auch wenn wir seitdem so einiges an „System Change“ und Krieg vonseiten des Westens erleben mussten. Doch der Rückfall in ein imperiales, in vielfacher Hinsicht fossiles Denken, auch seitens des Westens, kann die Probleme der Staaten nicht lösen, geschweige denn die globalen Probleme.

„Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst“ – dieser wahre Satz gilt möglicherweise auch für unseren Krieg mit der Natur. Wir müssen einen gesellschaftlichen Zustand verhindern, in dem die Menschheit quasi „blind“ weiter in Richtung Klimakatastrophe taumelt. Plötzlich geht es um Aufrüstung und Rüstungsexporte, um die Verschiebung des Kohleausstiegs, die Verlängerung der Braunkohleverstromung und vielleicht sogar der Atomkraft. Plötzlich werden weitere 100 Milliarden Schulden gemacht, zu all den Coronaschulden noch dazu – für Aufrüstung. Klimaschutz ist wieder an fünfter Stelle in der Prioritätenliste und in den Nachrichten.

### **GroKo ohne Ende**

Es gibt einen fossil-mobil-monetären – und militärischen (muss man nun unbedingt hinzufügen) Machtkomplex in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, der grundsätzlich weitermachen will wie bisher. Ob Große Koalition oder Ampel – die eigentliche große Koalition im Hintergrund, die zwischen Wirtschaft, Großkapital und Politik, wird davon nicht berührt, wie der Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien wieder einmal deutlich machte. Hier einige Stichworte aus dem Vertrag:

„Raum für unternehmerisches Wagnis schaffen“, „Wachstum generieren“, „wirtschaftlich und technologisch in der Spitzenliga spielen“, „Eisenbahnverkehrsunternehmen gewinnorientiert im Wettbewerb“, „Wettbewerbsfähigkeit für nachhaltiges Wachstum erhöhen“, „Börsengänge für Wachstumsunternehmen erleichtern“ – und immer so weiter. Worte, die nicht vorkommen, sind Genügsamkeit, Konsumverzicht, Suffizienz, Vermögenssteuer oder Wachstumsbegrenzung.

Wenn es dann auch noch um Aufrüstung, Rüstungsexport und Kriegsvorbereitung geht, dann kennt Deutschland erfahrungsgemäß ohnehin „keine



Parteien mehr“. Sowohl die denkwürdige Sondersitzung des Bundestags Ende Februar als auch die jüngsten, „von allen demokratischen Parteien“ gemeinsam beantragten Aufrüstungsbeschlüsse erinnerten in fataler Weise an die Bewilligung der Kriegskredite vor dem Ersten Weltkrieg. Faktisch wurde damit die CDU wieder in die Regierung aufgenommen, obwohl das Farbenmischmasch der Ampel ohnehin längst von olivgrün bis schwarz changiert. Die Geschichte lehrt, dass solch einhelliger Patriotismus immer zum Verlust demokratischer Strukturen und vernunftgeleiteter Urteilsfähigkeit führt und meist mit einem bösen Erwachen endet.

Eine solche Wiederholung der Geschichte können wir uns angesichts von Atomwaffen und drohendem Klimakollaps allerdings nicht mehr leisten. Bisherige vermeintlich grüne Subventions- und Konjunkturprogramme für Großkonzerne reichen nicht aus, um den Klimakollaps noch zu verhindern (Maier, J. 2020) – eine olivgrüne mittelverschlingende Aufrüstung und permanenter Krieg machen das gänzlich unmöglich. Ein neuer Rüstungswettlauf ist jetzt wirklich das Allerletzte und nutzt nur den Rüstungskonzernen in den USA und in Europa. Es geht nicht um die grün verbrämte Modernisierung und militärische Aufrüstung der „Megamaschine“, sondern um ihre Verschrottung.

## Die eigentliche Freiheits- und Friedensenergie

Die Klimakatastrophe und die weitere Naturzerstörung lassen sich nicht allein durch eine bloße Dekarbonisierung und Elektrifizierung der heutigen Strukturen verhindern – schon weil es dafür gar nicht genügend erneuerbare Energien gibt, sondern nur durch eine gleichzeitige, sehr schnelle Verringerung des Energie- und Rohstoffverbrauchs der Ökonomien und Gesellschaften. Aufrüstung und die derzeitige zusätzliche Subventionierung von fossiler Energie sind da natürlich völlig kontraproduktiv, während das 9-€-Ticket endlich einen Schritt in die richtige Richtung bedeutet und die Aufrufe zum Energiesparen durch den realen Preisdruck endlich reale Wirkmacht entfalten. Das ist faktisch unfreiwillig die gecancelte CO<sub>2</sub>-Steuer durch die Hintertür.

Die eigentliche „Freiheitsenergie“, wie FDP-Finanzminister Christian Lindner neuerdings die grüne Energie nennt, ist aber die nicht verbrauchte und nicht benötigte Energie. Vor allem ist diese eingesparte Energie gleichzeitig Friedensenergie, da sinkender Verbrauch den expansiven Druck zur Energie- und Rohstoffsicherung mindert, der uns schon einige „Öl-Kriege“ beschert hat, und steigende Preise für Energie und Transporte die Möglichkeit und den Zwang zur globalen Marktkonkurrenz (Globalisierung) beschränken.



Karikatur: Gernhard Mester (Wikimedia Commons)

Laut der „Denkfabrik“ Agora Energiewende wäre zur Einhaltung der Klimaziele eine schnelle Reduzierung des Energieverbrauchs um 50 Prozent notwendig. Die Wege zum „Freiheits- und Friedensenergiesparen“, zur Energiesouveränität und zum Klima- und Umweltschutz sind weit offen. Dazu gehören eine Regionalisierung der Wirtschaft mit entsprechend verringerten Transporten, eine erhebliche Verringerung des Energie- und Stoffdurchsatzes der Wirtschaft und vor allem auch der Landwirtschaft und eine entsprechend geänderte Subventionspolitik. Letztlich ist ein Ende der Globalisierung und der energiefressenden Digitalisierung notwendig.

## „Grüne“ Zukunftstechnologien als Irrwege

Digitalisierung ist keineswegs klimafreundlich, wird aber als „grüne“ Zukunftstechnologie gehypt.

Der Energiebedarf der Data Center in Frankfurt/Main z. B. ist exorbitant. Die Serverfarmen verbrauchen eineinhalbmal so viel Energie, wie die 400 000 Haushalte der Stadt. Dabei entsteht ein Mehrfaches dessen an Abwärme, was nötig wäre, um die ganze Stadt zu beheizen (FAZ 2021).

Digitalisierung, Elektrifizierung und E-Mobilität führen außerdem zu einem neuen Schub beim weltweiten Raubbau an Ressourcen und Naturgütern. Das verursacht nicht nur Treibhausgasemissionen, sondern zerstört auch CO<sub>2</sub>-Senken wie Wälder, Böden und Meere. Siehe hierzu der sehr informative Artikel „Raubbau im Namen der Umwelt“ (Spiegel 2021), der den gigantischen Materialbedarf der sogenannten Zukunftstechnologien näher untersucht. So enthält ein Tesla Modell S so viel Lithium, wie in 10 000 Handys verarbeitet ist, und eine Windkraftanlage auf See enthält 67 Tonnen Kupfer, für deren Herstellung etwa 50 000 Tonnen Erde und Gestein bewegt werden müssen. Eine realistische Analyse und Bepreisung der

ständig zunehmenden Stoffströme unseres gigantischen Metabolismus (Stoffwechsels) mit der Natur findet nicht statt. „Wir benutzen die Ressourcen der Zukunft, um die Gegenwart zu bezahlen“, so der Ressourcenforscher Mathis Wackernagel.

## Krieg gegen die Natur

Der Überkonsum und die globalisierten kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen zerstören die Biosphäre und die Reproduktionsfähigkeit der Lebensgrundlagen. Das ist auch ein Krieg, ein globaler Krieg gegen das Leben. „Die Natur kann unsere Rettung sein, aber nur, wenn wir sie retten!“, sagt die Direktorin des UN-Umweltprogramms UNEP, Inger Andersen, zum neuen Klimabericht, der die Rolle der Natur, der Biosphäre viel stärker betont, als bisher üblich.

Der Weltklimarat IPCC erachtet als nötig: Es müssten alljährlich 1,6 bis 3,8 Billionen Dollar ausgegeben werden, um eine Klimaerwärmung um mehr als 1,5 Kelvin zu verhindern. Um das ins Verhältnis zu setzen: Fossile Brennstoffe werden nach jüngsten Schätzungen mit jährlich 554 Milliarden Dollar subventioniert, und in ihr Militär stecken die Länder der Welt pro Jahr rund zwei Billionen Dollar. Weiter „Öl“ ins Feuer der Klimakrise zu gießen (egal, woher es kommt), ist genauso unsinnig und unverantwortlich, wie die Lieferung von immer mehr Waffen in Krisengebiete und das dadurch bedingte weitere Anheizen kriegerischer Konflikte.

Es gilt militärisch, aber auch energetisch und ökonomisch abzurüsten und eine gerechte, global wirksame

neue Sicherheits- und Kooperationsstruktur zu schaffen und die freiwerdenden Mittel in die Sicherung der Lebensgrundlagen und die Verhinderung der Klimakatastrophe umzulenken.

Wir brauchen die Friedensdividende für die globale Klimawende. Insofern ist Friedenspolitik die beste Klimapolitik und Voraussetzung und Schlüssel für die Bewältigung der sich zuspitzenden Existenzkrise der Menschheit. Es gilt zu beweisen, dass der Mensch nicht nur mit Vernunft begabt ist, sondern auch fähig ist, diese zu gebrauchen, um seine Zukunft und sein Überleben zu sichern.

Es gilt, den „Meistern des Todes“, den Kriegstreibern und Rüstungsprofiteuren, das Handwerk zu legen. Siehe dazu unbedingt und immer wieder Bob Dylans „Masters of War“.

Noch haben wir die Wahl zwischen Krieg und Frieden, auch mit der Natur:

„Give Peace a Chance!“

## Quellen:

Maier, Jürgen (2020): Grüne Deals: – wer bezahlt und wer kassiert? – Der Rabe Ralf, August/September 2020, S. 3.

FAZ (2021): Die Strom-Monster. – 16.10.2021, S. 11.

Spiegel (2021): 30. 10. 2021. fileadmin/Projekte/ 2021/2021\_04\_KNDE45/2021-08-16\_PM\_Klimabilanz\_2021\_AEW.pdf (2021-10).

(Erstveröffentlichung DER RABE RALF April/Mai 2022, Seite 17 – leicht überarbeitet und ergänzt 20. und 28. 4. 2022)

## Sozial-ökologische Transformation und Wirtschaftsdemokratie – konkrete Utopie oder Verzögerung einer besseren Alternative?

Helmut Gelhardt

### Der Jetzt-Zustand und seine jüngste Vorgeschichte

**I. Wir befinden uns in einem „globalen Ozean“ des Kapitalismus** – in der Ausprägung des Neoliberalismus (= marktextremistischer Kapitalismus). Und dies seit jedenfalls dem 11. September 1973, dem Sturz von Salvador Allende in Chile (= Versuch eines demokratischen Sozialismus) durch Augusto Pinochet (= rechtsgerichtete Militärjunta) mit Unterstützung der USA. Seit diesem Datum wurde im chilenischen „Sandkasten“/„Labor“ durch Milton Friedman („Chicago-Boys“) der neoliberale/angebotsorientierte/monetaristische Kapitalismus erprobt – unter Ablösung/Verwerfung des Keynesinismus/Links-Keynesianismus.

Seit Ende der 1970-er/Anfang der 1980-er Jahre dominiert die konservativ-neoliberale Ausrichtung

von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft durch die Pseudo-Denkschulen „Reaganomics“ (USA)/„Thatcherismus“ (GB), in deren Folge die „Geistig-moralische Wende 1982/1983“ unter Bundeskanzler Helmut Kohl (BRD) etabliert wurde. Unter diesen Maximen und Protagonisten wurde ein vehement neoliberaler Kurs betrieben mit der ihm immanenten Marktradikalität, die auf eine Liberalisierung (insbesondere Deregulierung) aller Märkte, auf eine Intensivierung des internationalen sogenannten **Freihandels**, auf eine Senkung von Arbeitskosten bzw. Arbeitseinkommen und Unternehmenssteuern („Verbesserung der Angebotsbedingungen“) und auf einen massiven Rückbau des Sozialstaats setzt. Letztlich wollen die Neoliberalen mit ihrer Doktrin, festgeschrieben 1989(!) im „Washington-Konsensus“, nur eins bezwecken: Durch

eine Privatisierung der Welt soll eine Umverteilung der gesellschaftlich immer nur arbeitsteilig generierbaren Wertschöpfungen zu den Besitzeinkommen (Gewinn, Zins und Grundrente) herbeigeführt werden.

**II. Was bedeutet aber inhaltlich/materiell/wesensmäßig „Kapitalismus“?** – dieses System, das zuweilen mehr verhüllend/verwirrend und beschönigend statt aufklärend als „Politik, die dem Diktat der Finanzwelt unterworfen ist“, bezeichnet wird? Die Ungerechtigkeit – die lähmende Krankheit, an der gelitten wird – hat den konkreten Namen **Kapitalismus**. Dem Kapitalismus (das ist die gegenwärtig global vorherrschende (hegemoniale) Herrschafts-/Machtform, Wirtschaftsweise, Gesellschaftsformation) wohnen zwanghaft/wesenhaft inne (Inhärenz):

- Konkurrenz/sog. Wettbewerbsfähigkeit/Standortdenken (Standortlogik),
- (exponentielles) Wachstum als unumgehrbarer Wachstumsimperativ,
- Profitmaximierung,
- Kapitalakkumulation,
- Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen, hemmungsloser bis unumkehrbarer Natur/Umweltverbrauch, völlige Überlastung der Schadstoffaufnahme-systeme (Schadstoffaufnahme-senken). Dies kann im Kapitalismus nicht unterbunden werden, da eine absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs/des Schadstoffausstoßes vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum nicht möglich ist (statt vieler: Tim Jackson, Bruno Kern, Saral Sarkar, John Bellamy Foster, Daniel Tanuro, Michael Löwy).

**Kapitalistische Wirtschaftsweise** – Für das reale Leben der Menschen kann kein Zweifel bestehen: Die Ungerechtigkeiten sind in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaftsweise „eingeschrieben“, auch die Verteilung von Reichtum, Macht und Einfluss in unserer Gesellschaft ist nicht gerecht.

**Papst Franziskus** sagt es in seiner Enzyklika Fratelli tutti (2020) – Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft – (22) so: „... Es gibt heute in der Welt weiterhin zahlreiche Formen der Ungerechtigkeit, genährt von verkürzten anthropologischen Sichtweisen sowie von einem **Wirtschaftsmodell**, das auf dem Profit gründet und nicht davor zurückscheut, den Menschen auszubeuten, wegzuwerfen und sogar zu töten. Während ein Teil der Menschheit im Überfluss lebt, sieht der andere Teil die eigene Würde aberkannt, verachtet, mit Füßen getreten und seine Grundrechte ignoriert oder verletzt.“

## Grundlegende Bemerkungen zur Arbeit und zum Lohn

**Mindestlohn.** In Deutschland erleben wir gegenwärtig einen Mindestlohn, der weiterhin nicht armutsfest ist.

Ein Rentenniveau, das viele Menschen der Altersarmut aussetzt. Sozialhilfesätze/Gesellschaftshilfesätze, die ein menschenwürdiges Leben kaum bis nicht gewährleisten. Fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland arbeitet im Niedriglohnsektor. Arbeiten im Niedriglohnsektor bedeutet Vollzeitarbeit bei besonders niedriger Bezahlung. Die Tarifflicht grassiert. Durch Tarifflicht entgehen den Sozialversicherungen jedes Jahr Milliarden Euro Beiträge. Dieses Geld fehlt für den sozialen Ausgleich.

**Erntehelfer.** Erntehelfer werden in Deutschland weiterhin systematisch massiv ausgebeutet und nunmehr für vier Monate sozialversicherungsfrei gestellt. Der Großteil der Erntehelfer kommt aus osteuropäischen EU-Ländern.

**Bezahlung von Frauen und Männern.** Sehr viele Frauen und Männer werden weiterhin für gleichwertige Arbeit nicht gleichwertig bezahlt. Die Pflegeberufe sind weiterhin strukturell unterbezahlt, obwohl mittlerweile die Allerletzten erkannt haben, dass diese Berufe existenziell höchst wichtig sind!

Papst Franziskus weist in Fratelli tutti (20) darauf hin: „Diese Aussonderung zeigt sich auf vielfältige Weise, wie etwa in der Versessenheit, die Kosten der Arbeit zu reduzieren, ohne sich der schwerwiegenden Konsequenzen bewusst zu werden, die eine solche Maßnahme auslöst; denn die entstandene Arbeitslosigkeit führt direkt zu einer zunehmenden Verbreitung der Armut.“

## Grundlegende Bemerkungen zum Wachstum

**Grün-kapitalistische Denkansätze.** In grün-kapitalistischen Denkansätzen wird oft ein „nachhaltiges Wachstum“ als Lösung für den Antagonismus zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit favorisiert. Der Nachhaltigkeitsbegriff ist in der Wissenschaft bis heute nicht eindeutig/zweifelsfrei definiert. Umgangssprachlich versteht man darunter in der Regel, dass in einer bestimmten Periode nicht mehr an Ressourcen verbraucht werden dürfen als in derselben Periode nachwachsen. In diesem Sinne ist „nachhaltiges Wachstum“ ein Widerspruch in sich. Entweder besteht Nachhaltigkeit oder Wachstum.

Aber auch die Begriffe – **quantitatives** Wachstum und **qualitative** Entwicklung bringen uns nicht weiter. In kapitalistischen Gesellschaften sind diese Begriffe zwei Seiten derselben Medaille, nämlich der Akkumulation (Anhäufung) von Kapital. In beiden Fällen geht es darum, das bestehende Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu reproduzieren (aufrechtzuerhalten/zu erhalten) und die Hegemonie (Vormachtstellung/Vorherrschaft) des Kapitals zu stabilisieren, die durch Nullwachstum gefährdet ist. Auch ein Begriff wie „wertvolles“ Wachstum erscheint nicht zielführend

im gemeinten und gewollten Sinne. Eine sinnvolle Begriffsbildung ist in der Tat schwierig. Vielleicht ist die Begriffsbezeichnung „menschengerechte, sozial-ökologisch förderliche und verträgliche Entwicklung“ geeigneter, das durchaus positiv Gemeinte angemessener/besser zu beschreiben/in den Begriff zu bekommen.

In Fratelli tutti (21) führt Papst Franziskus aus: „Es gibt wirtschaftliche Regeln, die sich als wirksam für das Wachstum, aber nicht gleichermaßen für die Gesamtentwicklung des Menschen erweisen. Der Reichtum wächst, aber auf ungleiche Weise, und so „entstehen neue Formen der Armut“. Und Franziskus führt uns, insoweit **generell** und hier abschließend, in Fratelli tutti (21) eine sehr wesentliche – oft absichtlich von interessierter Seite verhüllte(!) – Erkenntnis vor Augen: „Wenn man sagt, dass die moderne Welt die Armut verringert habe, so misst man hier mit Maßstäben anderer Epochen, die nicht mit der aktuellen Wirklichkeit vergleichbar sind. (...) Man untersucht und man versteht die Armut immer nur im Zusammenhang mit den wirklichen Gegebenheiten eines bestimmten historischen Moments.“

Die entscheidenden Fragen sind also: Wie gelangen wir aus dem allgegenwärtigen Kapitalismus heraus? Welche Wesenszüge kennzeichnen dieses neue System? Wie nennen wir dieses neue System?

## Ein mögliches und sinnvoll erscheinendes Übergangsszenario. Versuch einer Antwort

1. Wir können nicht einfach einen Schalter umlegen und schon sind wir im Gelobten Land/dem Land der Verheißung/dem Land des NICHT-Kapitalismus.

Aber wir müssen im Kapitalismus ernsthaft und unverzüglich damit anfangen, aus dem Kapitalismus herauszugelangen/den Kapitalismus zu überwinden. Dieses Anfangen im Kapitalismus erfordert zunächst die Durchführung (ganz aktuell und unumgebar!) einer sozial-ökologischen-Transformation oder ökologisch-sozialen Transformation (gerechter Wandel/Just Transition). Kurz gesagt: Die Umstellung der gesamten Volkswirtschaft, des Gesellschafts-systems, des Staatsaufbaus – und somit auch der **Arbeitsnormen/der Arbeitsinhalte** – in ein **weitgehend** sozial gerechtes, solidarisches, absolut ökologiekompatibles System. Dieser gerechte Wandel muss jedenfalls mindestens in eine echte, wirkungsmächtige Wirtschaftsdemokratie fest eingebettet sein. Das Konzept der **Wirtschaftsdemokratie** bedeutet z. B., dass die betriebliche Mitbestimmung, die in den letzten Jahren abgebaut oder in der Praxis geschliffen wurde, sehr relevant verändert/ausgedehnt wird zugunsten des Faktors Arbeit.

2. Hierzu rechnet auch, dass in allen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten diese bei Standortänderungen und Entlassungen, Gestaltung der Arbeitszeit und Personalbemessung mitbestimmen müssen. Die Maximen der Montanmitbestimmung sollten als grundsätzliche Blaupause herangezogen werden/(maßgeblichen) Einfluss haben. Das Gegebensein an sich von Tarifverträgen müsste in allen Branchen zur gesetzlichen/normierten Pflicht werden. Tarifflucht muss politisch, gesellschaftlich (als soziale Verantwortungslosigkeit) und rechtlich sanktioniert werden. (Die abhängig Beschäftigten dürfen faktisch nicht einer „individuellen Bettelei“ ausgesetzt werden.) Innerhalb einer echten wirkungsmächtigen Wirtschaftsdemokratie kann auch das Thema kollektive Arbeitszeitverkürzungen/Arbeit umverteilen energischer und zielgerichteter angegangen werden. 2019 haben die Beschäftigten in Deutschland knapp zwei Milliarden Überstunden geleistet, davon die  **Hälfte unbezahlt**. Selbst im Covid-19-Pandemie-Jahr 2020 waren es knapp 1,7 Milliarden Überstunden. In 2020 war mehr als die Hälfte dieser Überstunden unbezahlt! Gleichzeitig ist die Arbeit längst so produktiv und die Gesellschaft so reich, dass ein neues Verhältnis von Arbeit und Leben möglich ist. Die Zeit ist spätestens jetzt reif für eine Arbeitszeit, die zwischen 28 und 35 Stunden pro Woche zu einer Norm werden sollte, an der sich gesetzliche Regelungen und Tarifverträge orientieren. Eine „Kurze Vollzeit für alle“ mit in der Regel vollem Lohnausgleich und notwendigem Personalausgleich darf keine Utopie bleiben, sondern ist ernsthaft zu realisieren. Dies alles führt zu einer freieren, selbstbestimmteren, weniger prekären Arbeit.

3. Aufgrund einer zweifelhaften Unterscheidung von „öffentlich“ und „privat“, die spätestens gegenwärtig zu erörtern ist, wird die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Ressourcen, also die Entscheidungen über Produktionsmittel, Investitionen, Produktionsverfahren, Produkte oder Standortverlagerungen allein zum **privaten** Bereich gezählt. Unternehmen, die doch so wichtig sind für die Allgemeinheit, werden nicht als auch öffentlichen Charakter habende Institutionen begriffen. So sind Individuen (Menschen als Einzelwesen) zwar in der Sphäre der Politik BürgerInnen mit verfassungsmäßigen Mitspracherechten und können sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Doch in der Arbeitswelt bestehen weitgehend „Obrigkeitsverhältnisse“ fort. Unter dem Druck der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Shareholder-Value-Orientierung (die Unternehmenspolitik ist primär auf die Steigerung des Aktionärsvermögens ausgerichtet) konnten diese „Obrigkeitsverhältnisse“ in den letzten 40 Jahren zulasten der abhängig Beschäftigten sogar wieder verschärft werden.



4. Unternehmen dürfen aber keine demokratiefreien Zonen sein. Für den absolut unverzichtbaren sozial-ökologischen Wandel (Transformation) innerhalb der Mindestanforderung **Wirtschaftsdemokratie** müssen zur Finanzierung auch die Profitrücklagen der Konzerne genutzt werden. Notwendig sind Eigentumsverhältnisse, die das ermöglichen. Deshalb sollten Dax-Unternehmen durch eine dreigeteilte Eigentümerstruktur demokratisiert und ihre Geschäftspolitik neu ausgerichtet werden: mindestens 21 Prozent öffentliches Eigentum, 30 Prozent Belegschaftseigentum und 49 Prozent private Aktionäre. Dividendenausüttungen sollten gedeckelt werden. Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel kommen einem Solidaritäts-, Umwelt- und Infrastrukturfonds zugute, der auch Genossenschaften (s. u.) und Arbeitszeitverkürzung in weniger profitablen Bereichen querfinanzieren könnte. Sozial-ökologische Transformation erfordert auch Innovationen, Forschungs- und Wissenschaftsleistung jenseits des kapitalistischen Zwanges zum Profitmachen. Zur Bearbeitung dieses Bereiches sollten auch neue Formen demokratischer Unternehmen genutzt werden. Plattform-Genossenschaften oder digitale Kooperativen (staatlich gefördert und mit öffentlicher Forschung verbunden). Es geht darum, den Genossenschaftsgedanken weiterzuentwickeln und entsprechende Betriebe und Unternehmen zu einem Innovationstreiber für die gesamte Gesellschaft zu machen. Damit entsteht ein „solidarischer Zukunftssektor“. Ohne soziale, ökologische und **demokratische** Transformation wird es zu einem massiven Beschäftigungsabbau kommen.

5. Schon im Stadium der noch kapitalistischen Wirtschaftsdemokratie im Prozess der sozial-ökologischen Transformation braucht es demokratische Entscheidungen darüber, was und wie produziert werden soll. Klaus Dörre spricht von einer „transformativen Demokratie“. Dörre erklärt, es geht um mehr als klassische Wohlfahrtsstaatspolitik. Im Grunde geht es um die Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums und vor allem um eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht in Wirtschaft, Betrieben und Konzernen. Er bringt hierzu ein eindrucksvolles Beispiel: Besser, als auf das Fahren von großen SUVs zu verzichten, ist, sie gar nicht erst zu produzieren. Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. (Dabei ist immer zu bedenken: Manager treffen im Kapitalismus ihre Entscheidungen nicht aus freien Stücken, sondern folgen den Gesetzmäßigkeiten von Markt, Wettbewerb und Profitmaximierung. Wirtschaftsdemokratie muss also mindestens über die betriebswirtschaftliche Logik hinausgehen.) Die Gesellschaft muss den Konzernen

vorgeben, jetzt mit ökologischer Konversion (Umwidmung/Umstellung) zu beginnen. Der Gedanke einer demokratischen Rahmenplanung in der Wirtschaft muss Platz greifen. Das bedeutet: Soziale und ökologische Ziele, die Erfahrungen und Arbeitsbedingungen der Menschen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und die sozialen Folgen technologischer Entscheidungen müssen von vornherein prioritär in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen einfließen.

6. Neben der betrieblichen Mitbestimmung, der Stärkung der Gewerkschaften und Sozialverbände und den gesetzlich vorzuschreibenden Tarifverträgen sollten verfassungsrechtlich **Räte** (z. B. nach dem Vorbild – oder Teilelementen davon (= auch autonome Verwaltungsstrukturen) – der Zapatistischen Indigenen-Bewegung) etabliert werden, die durch die BürgerInnen im Sinne der Basisdemokratie zu besetzen sind. Zu denken ist hier in erster Linie z. B. an regionale Wirtschaftsräte, die über die Gelder eines eingerichteten Transformationsfonds mitentscheiden sollen. Jedenfalls ist den Räten zwingend/verbindlich ein Beteiligungsrecht/Anhörungsrecht/Benehmensrecht einzuräumen im Sinne eines zivilen, demokratischen „Fachverständs“, welcher die **parlamentarische** Demokratie nicht ersetzt, aber von dieser zwingend als **fachliche** Beratung herangezogen werden muss – z. B. bei der grundgesetzgemäßen/verfassungsgemäßen, **notwendigen** Sozialisierung (= **Ver-gesellschaftung**) von **unverzichtbaren** Einrichtungen zugunsten des Gemeinwohls/der Daseinsvorsorge. Parlamentarische Entscheidungen, die in wesentlichen Fragen vom **Fachvotum** der Räte abweichen, müssen besonders begründet werden und nach dieser besonderen Begründung erneut in den parlamentarischen Entscheidungsprozess gegeben werden. Beispiele für **Räte** sind weiter: Ökologieräte, Klimaräte, Energieräte, Land- und Forstwirtschaftsräte, Wohnungsbauräte, Wasserversorgungsräte, Integrationsräte, Kinder- und Jugendräte. Eine neoliberal orientierte, organisierte und priorisierte „marktkonforme Demokratie“/„die unsichtbare Hand des Marktes“ bzw. eine „Postdemokratie“ (Colin Crouch) will und kann dies alles nicht leisten!

7. Als übergreifende Klammer muss feststehen: Jedenfalls die „Grundversorgung“ (= von lebenswichtigem Interesse für die Gemeinschaft) und die soziale Infrastruktur müssen am Bedarf der Menschen und nicht an Profitinteressen ausgerichtet werden.

## Der unverzichtbar anzustrebende Zielzustand

### System des Nicht-Kapitalismus

Von da aus kann der Schritt in ein System des NICHT-Kapitalismus Realität werden. (Seien wir mutig und orientieren uns an Oskar Negt: „Nur noch Utopien sind realistisch.“)



Parteitag in Erfurt. Blick in das Foyer der Messe Erfurt, wo der Parteitag stattfand.

Ein solches System ist gekennzeichnet durch Kooperation, Wegfall des Wachstumsbefehls, Demokratie statt Plutokratie, Gleichheit, Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, absolute Ökologiekompatibilität, Internationalismus statt Nationalismus, tatsächliche Humanität, wirkungsvolle/unverhandelbare Menschenrechte, fairer Handel – **nicht** Freihandel (s. u.)!

In einem solchen System bestimmen die eigentlichen Produzenten/Hersteller (die Masse der (jetzt noch) abhängig Beschäftigten) **was für wen wozu wie** hergestellt/produziert wird (**zumindest** bestimmen die eigentlichen Produzenten dies paritätisch mit). Die Produktion erfolgt **bedarfsorientiert/bedarfs-gerecht** zuallererst gemäß den Erfordernissen des Gemeinwohls/der Daseinsvorsorge und nicht in erster Linie profit- und reichumsfixiert zur maßlosen Anhäufung privaten Reichtums. Ein solches System könnte als Maxime heißen: „Die allumfassende, optimale Gemeinwohlorientierung des Staatswesens“.

**Ein solches System kann auch bezeichnet werden als demokratischer, ökologischer Sozialismus.**

Die „sozial-ökologische Transformation“ – der **gerechte Wandel**, welche/welcher in der **Wirtschafts-demokratie** (siehe oben) beginnen muss, benötigt zwingend und spätestens in der Phase des **Zielzustands** den positiven Abschluss!

## Buon Vivir

Bei diesem gerechten Wandel kann z. B. auch auf das lateinamerikanische Konzept des „Buen Vivir“, welches seinerseits auf dem Konzept ‚Sumak Kawsay‘ der indigenen Völker des Andenraums beruht, zurückgegriffen werden. Dieses Konzept hat sich folgende Grundorientierung gegeben: „... eine neue Form des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay, zu erreichen; eine

Gesellschaft zu schaffen, die die Würde der Menschen und Kollektive in allen Aspekten respektiert; ein demokratisches Land zu schaffen, das sich der lateinamerikanischen Integration (...), dem Frieden und der Solidarität mit allen Völkern der Erde verpflichtet.“ Dieses Konzept des Guten Lebens gründet auf jedenfalls schonenden, achtsamen, rücksichtsvollen Lebensweisen und „rechtfertigt und toleriert in keinem Fall die Zerstörung der Natur und auch nicht die Ausbeutung von Menschen oder die Existenz privilegierter Gruppen, die auf Kosten der Allgemeinheit und von der Arbeit und den Opfern anderer leben. Das ‚Gute Leben‘ bezieht alle mit ein, sonst ist es kein gutes Leben.“ (Alberto Acosta)

## Suffizienz

Ein weiterer Baustein des gerechten Wandels kann auch die Suffizienz sein. Suffizienz meint **nicht** Verzicht. Vielmehr geht es darum, dass etwas „**genug**“ ist. Es geht bei dem Suffizienzgedanken also darum, absolute Grenzen festzulegen. Statt immer mehr: Es ist genug! Zum Beispiel: Keine weiteren Mastställe (generelle Reduzierung der Fleischproduktion); Flächenverbrauch für Straßen, Gewerbe- und Industriegebiete begrenzen; Wohnungsbau als pures Renditeobjekt für Investoren muss unter dem Gesichtspunkt des Allgemeinwohls streng hinterfragt werden; keine immer größeren Autos, Fernseher und Kühlschränke. Es geht ganz wesentlich auch um Müllvermeidung.

## Strategischer Konsum

Die Kultur der Genügsamkeit wird sehr wesentlich bestimmt durch den verantwortungsvollen, strategischen Konsum. Gegen die Flut des Konsumismus gibt es Widerstand. Viele Menschen erteilen der Aufforderung „shoppen“ zu gehen eine Absage. Freiwillige Reduzierung des Konsums kann das subjektive Wohlbefinden verbessern. Die Idee eines guten Lebens und eines guten Lohns bei bescheidenen Ansprüchen darf nicht durch einen hemmungs- und grenzenlosen Konsumismus ersetzt werden. Mahatma Gandhi hat die Menschen dazu aufgerufen „einfach zu leben, damit andere einfach nur leben können“. Papst Franziskus sagt uns in Laudato si (193): „Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“

## Entscheidend ist die Produktionssphäre

So unstrittig und eminent wichtig der verantwortungsvolle, strategische Konsum zur Realisierung der Kultur der Genügsamkeit auch ist – **entscheidend** ist

die Produktionssphäre. Die Soziologen John Bellamy Foster, Brett Clark, Richard York kritisieren eine Fixierung auf Konsum und Lebensstile, die viele ökologische Initiativen auszeichne. Solche Fixierungen erlaubten es, **alles außer** dem ökonomischen System für die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen verantwortlich zu machen. Diese Überbeanspruchung habe ihre wichtigsten Ursachen jedoch in der kapitalistischen Wirtschaft. Deshalb sei es falsch, den Massenkonsum zum Hauptschuldigen zu erklären und ein grünes Einkaufsverhalten als Lösung zu proklamieren. Konsumgüter stellten stets nur einen Teil des Gesamtausstoßes dar. Der Großteil des Abfalls und Mülls falle im Kapitalkreislauf selbst an. Verbrauchersouveränität sei hingegen eine bloße Fiktion, weil auch die hegemonialen Konsumnormen u. a. mittels Werbung in der Produktionssphäre entstünden. **Entscheidungen** über ökologisch destruktiven Luxuskonsum lägen bei kleinen Minderheiten. Wenig mehr als 1000 transnationale Konzerne **entscheiden** über das „Was“, das „Wie“ und das „Wozu“ von Güter- und Dienstleistungsproduktion. Klaus Dörre erklärt, dass Produkt- und Produktionsentscheidungen, die in den imperialen Machtzentren fallen, sich kaum oder gar nicht über

das Konsumentenverhalten beeinflussen lassen. In den rivalisierenden Imperien bestimmen in erster Linie die Repräsentanten von mächtigen Staaten und großen Unternehmen, wie die Weichen bei Produktion und Konsum gestellt werden. Abfall und Müll werden primär innerhalb des Wirtschaftssystems und nur in zweiter Linie über den Konsum erzeugt. Für den Energiebedarf und die Ressourcennutzung gilt Ähnliches. Auch drehen sich Welthandel und internationale Wirtschaftsverflechtungen weniger um Kundenbedürfnisse als um gewinnbringende Produktion und Absatz. Die großen inter- und transnationalen Konzerne üben **Produzentensouveränität** aus und beherrschen mit ihr – häufig im Bündnis auch mit Eliten aus Ländern des globalen Südens – sowohl die Produktion als auch den Konsum.

14. Juni 2021/6. Dezember 2021

Erstveröffentlichung: [https://www.kab-trier.de/fileadmin/user\\_upload/kab-trier\\_de/Texte/Kapitalismuskritik/21-12-06a\\_Sozial\\_oekolog\\_Transformati\\_06.12.21\\_u\\_Wirtschaftsdemokr\\_Konkrete\\_Utopie\\_Gekuerzte\\_Fassung.pdf](https://www.kab-trier.de/fileadmin/user_upload/kab-trier_de/Texte/Kapitalismuskritik/21-12-06a_Sozial_oekolog_Transformati_06.12.21_u_Wirtschaftsdemokr_Konkrete_Utopie_Gekuerzte_Fassung.pdf)

## Antrag G 10: Solidarische linke Regionalpolitik durch Investitionslenkung

(1. Tagung des 8. Parteitag, Erfurt, 24.–26. Juni 2022)

AntragstellerIn: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag empfiehlt unseren aktiven Mandats- und Funktionsträgern auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, die folgenden Punkte als Orientierungslinien bei Ihrer politischen Arbeit zu nutzen.

- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Boden als Gemeingut, nicht als Ware behandelt wird.
- DIE LINKE widersetzt sich dem Wettlauf der Kommunen und orientiert ihre Regionalpolitik an den Grundlinien einer solidarischen, linken Investitionslenkung, die Wirtschaftskreisläufe regional in Planungsverbänden verzahnt, um Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen zur Arbeit.
- DIE LINKE setzt sich im Rahmen eines Raumordnungsgesetzes für ein bilanziertes Null-Flächen-Wachstum mit einer negativen Subventionierung für Ballungszentren ein.
- DIE LINKE entwickelt eine aktive Regionalpolitik, die ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der städtischen „Cluster“ ist. Sie setzt auf effektive Wachstumsbremsen für die überhitzten Metropolregionen statt auf kontraproduktive Bauoffensiven.

- DIE LINKE will das Verkehrswachstum bremsen und Ressourcen von der Verkehrsentwicklung in die Regionalentwicklung lenken. Hierzu setzt sie sich für eine verbindliche Sicherung von Angeboten der Daseinsvorsorge und einer erweiterten, verbindlichen, demokratischen Mitsprache bei der Regionalentwicklung ein.
- DIE LINKE setzt sich für eine solide Finanzierung aller Kommunen ein und widersetzt sich der Konkurrenz um Gewerbesteuererinnahmen und Firmenansiedlungen. Die Gewerbesteuer ist nach Höhe und Abschreibungsfähigkeit so zu verändern, dass sie mit der Beschäftigungsquote steigt und ein stärkerer Finanzausgleich zwischen Boomzonen und ärmeren Regionen erfolgt.

### Begründung

Für einen erfolgreichen sozialökologischen Umbau benötigen wir eine andere Regionalpolitik. Im Wesentlichen gibt es für die unzureichende Bilanz der herkömmlichen Regionalpolitik drei Ursachen:

- vor allem die Marktkonformität der Regionalpolitik und die verfehlte Konzeption einer wettbewerbsorientierten Kommunal- und Regionalpolitik,

- die staatliche Sparpolitik,
- den damit zusammenhängenden Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge.

Mit dieser Konzeption und diesem Denken werden Kommunen in den Wettlauf zur Gewinnung von Unternehmen gezwungen und die gesamte Kommunalpolitik deren Gewinninteressen untergeordnet.

Es geht darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der „Cluster“ aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen zur Arbeit. Es muss also dort investiert werden, wo Menschen Arbeit brauchen. Statt kontraproduktive „Bauoffensiven“ sind vielmehr effektive Wachstumsbremsen für überhitzte Metropolregionen und eine aktive Regionalpolitik notwendig.

Für eine alternative Regionalpolitik muss die kommunale Dumping-Konkurrenz durch die Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen ersetzt werden, um in größeren Planungsverbänden definierte Standards zu gewährleisten und gemeinsame Entwicklungsziele umzusetzen.

Eine polyzentrische Siedlungsstruktur wird die ökologischen Belastungen minimieren. Notwendig ist es, das Verhältnis von Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen auszubalancieren und Anreize für eine Stadt der kurzen Wege zwischen Wohnen und Arbeiten, Einkaufen und Freizeit zu schaffen.

## **Dazu braucht es Instrumente zur Investitionslenkung.**

Notwendig ist eine „negative Subventionierung“: Investitionen in Boomregionen müssen verteuert und begrenzt werden. Eine Investitionsbeschränkung und Verteuerung muss aber mit zwei Instrumenten arbeiten:

### **1. Rechtlich**

Übergeordnete Rechtsnormen begrenzen schon heute die kommunale Selbstverwaltung. Hier wäre z. B. Artikel 20a Grundgesetz zu nennen. Wir wollen eine straffere Anwendung übergeordneter Normen zur Sicherstellung einer nachhaltigen, intergenerationalen Bauleitplanung seitens der Fachaufsicht (insb. § 1 Satz 5 und 7 des BauGB). Zudem muss insbesondere die Baunutzungsverordnung grundsätzlich neu formuliert werden, um widerstandsfähige, integrierte Siedlungsstrukturen herbeizuführen. Ausgehend von Forderungen der Agenda 21 vom Erdgipfel Rio 1992 regen wir an, vergleichbar mit dem Raumplanungsgesetz der Schweiz, ein bilanziertes Null-Flächen-Wachstum festzuschreiben. Insbesondere in Boom-Metropolen muss die Versiegelung un bebauter Böden mit ihren wichtigen Funktionen unterbunden, punktuell sogar Infrastruktur zurückgebaut werden. Das Ziel der Raumordnung muss in der Stärkung strukturarmer Räume liegen.

### **2. Finanziell**

Die Gewerbesteuern für diese Boomzentren müssen erhöht und die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten (relativ) verschlechtert werden. Zusätzlich sollten die Gewerbesteuern nach raumordnerischen Zielen und Entwicklungsnotwendigkeiten gestaffelt werden. Die Höhe der Gewerbesteuer spielt eine Rolle bei Standort- und Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Zwar existieren derzeit bereits unterschiedliche Steuersätze, aber diese Unterschiede sind offensichtlich zu gering, um eine Lenkungswirkung zu entfalten, und sie orientieren sich ohnehin nicht am regionalpolitischen Ausgleich (kommunale Selbstverwaltung).

Im Prinzip würde also gelten: Die Steuersätze werden systematisch an die Arbeitslosenquote, eventuell auch an einige weitere Indikatoren gekoppelt. Alternativ könnte ein Umlageverfahren analog dem Länderfinanzausgleich geschaffen werden.

Es liegt nahe, dass die kommunale Energiewirtschaft, die Stadtwerke, die flächendeckend vor Ort arbeitenden Energiefachleute, den Kern von Energiewirtschaft und Energiepolitik bilden müssen, nicht die Großkonzerne mit ihren oft weit außerhalb der Ballungsräume liegenden Großkraftwerken. Und um diese Kerne der Energiewirtschaft herum können sich neue, regionale Produktionsnetze bilden.

Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge und Förderung eines sozialen/kulturellen Umfelds muss das Spardiktat beseitigt werden. Aufsetzend darauf werden dann verpflichtende Standards entwickelt: Öffentliche Leistungen wie der Zugang zu Bildung und Schulen, die Versorgung mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie der öffentliche Nahverkehr müssen verbindlich und rechtlich zwingend zur Verfügung gestellt werden. Zuständig dafür sind die staatlichen und kommunalen Körperschaften.

Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale Strukturpolitik in wirtschaftlich abgehängten Regionen und für Genossenschaften verwendet werden. Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Verbesserungen für eine lokale und regionale Struktur- und Investitionspolitik werden sich auch nur erreichen lassen, wenn das restriktive Regelwerk und mit ihm das EU-Wettbewerbsrecht vollständig fällt. Erreichen lässt sich das aber nur, wenn das gesamte EU-Vertragssystem abgeschafft wird und es zu einem Neustart der EU kommt, der die Türen öffnet für eine demokratische und sozial-ökologische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Eine umfangreichere Darlegung der hier angerissenen Problematik findet ihr auf unserer Internetseite:

<https://www.oekologische-plattform.de/2022/05/grundlinien-einer-solidarischen-linken-regionalpolitik-durch-investitionslenkung/> oder in kurz: <https://bit.ly/3wj8hEq>.

Dieses Papier ist eine Weiterentwicklung eines Beschlusses des Landesparteitags Baden-Württemberg vom Dezember 2020. Es wurde vom Ko-Rat der Ökologischen Plattform am 7. Mai 2022 beschlossen.

Basis dieses Antrags ist neben der dortigen Debatte das Buch „BOOMSTÄDTE und Schrumpfreionen – Das Auseinanderdriften der Regionen und das Versagen der Regionalpolitik in der Eurozone“, Roland Charles Pauli in: isw Report Nr. 120, München 2020

Nach Überweisung an den Bundesausschuss wurde der Antrag auf der Sitzung am 20. November 2022 angenommen.

## Sozial gerechte und ökologische Regionalplanung mit dezentraler Wirtschaft und Bildung, rechtlicher und finanzieller Lenkung Ökologische Plattform

Kompakte Siedlungsstrukturen mit örtlichen Wirtschaftskreisläufen sind lange schon einer räumlichen Trennung von Wohnort, Arbeitsleben, Freizeitvergnügen und sozialen Kontakten gewichen. In Baden-Württemberg z. B. mit seiner starken Automobilindustrie kommt dem PKW zur Beförderung heute eine dominierende Bedeutung zu, der öffentliche Personennahverkehr ist nur in städtischen Ballungsräumen ausreichend entwickelt. Doch immer stärker werden die Schattenseiten dieser Automobilität sichtbar. Immense Pendlerströme überlasten die Straßen, Auto- und LKW-Verkehr bringt gesundheitsschädigenden Lärm und Luftschadstoffe in die Gemeinden, der Ressourcenverbrauch ist gewaltig, genauso wie der Ausstoß klimaschädlicher Emissionen.

Immer mehr wertvoller Freiraum fällt dem Straßenausbau und neuen Logistikgewerbeflächen zum Opfer. Öffentlicher Raum in den Städten wird durch die hohe Kfz-Dichte unattraktiv und verödet. Der fortschreitende Ausbau der Hochleistungsverkehrsinfrastruktur löst die skizzierten Probleme nicht, überfordert jedoch schon heute im Unterhalt die Straßenbaulastträger. Mobilität wird zudem stetig teurer, denn die Ära des billigen Öls neigt sich dem Ende zu. Mobil zu sein ist durch diese historisch gewachsenen räumlich getrennten Strukturen Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe, doch immer mehr Menschen können diesen Preis nicht mehr bezahlen. Die hohe Geschwindigkeit des Verkehrs führt zur Zersiedelung und erzeugt so eigene Raumstrukturen. Es überwiegen die Kapitalinteressen von Großkonzernen, die nur an Rendite denken und nicht an die Interessen der Menschen. 60 Prozent der Gütertransporte können durch regionales Wirtschaften vermieden werden. Der Preis des Gütertransports muss abhängig von der Transportdistanz gemacht werden, um diese verfehlten Entwicklungen einzudämmen.

Für DIE LINKE liegt dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft eine andere Perspektive zugrunde: die solidarische regionale Strukturpolitik. Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, wie wir Energie erzeugen, wie wir Handel betreiben, wie wir produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke befinden, schafft die notwendige Akzeptanz, auch auf lokaler Ebene, für die Frage, wie wir eigentlich leben wollen.

Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe und Vergünstigungen können das Ausbluten der strukturärmeren Regionen stoppen. Universitäten und Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Behörden können in die Regionen verlagert werden. Es ist ein Anreizsystem für Unternehmensgründungen zu schaffen (Kap. 5).

Es geht darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der „Cluster“ aufzubauen. **Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen zur Arbeit.**

### 1 Boden ist Gemeingut und keine Ware

Alle Rufe nach mehr Bauen und nach billigerem Bauen sind ein politischer Holzweg und ignorieren die Grenzen des Bauens. Solange die Zuwanderung in die Boomzentren nicht deutlich abnimmt, wird sich an der Wohnungsnot in diesen Metropolregionen wenig ändern. Statt kontraproduktive „Bauoffensiven“ sind vielmehr effektive Wachstumsbremsen für überhitzte Metropolregionen und eine aktive Regionalpolitik notwendig. Deutschland bewegt sich derzeit in eine wohnungspolitische und regionalpolitische „lose-lose-Situation“. Die Boomregionen werden immer teurer, die Mieten explodieren, die Infrastrukturen werden immer unzureichender, und die Lebensqualität für die Mehrheit sinkt. In den Krisenregionen dagegen

verfallen ebenfalls die Infrastrukturen, und auch hier nimmt die Lebensqualität bedingt durch Abwanderung und Arbeitslosigkeit ab.

In Krisenregionen stehen ca. 2 Mio. Wohnungen leer, aber in den Boomzentren fehlen ca. 1 Mio. Wohnungen. Dort ist Boden knapp, und die relative Knappheit des Bodens begrenzt das Wohnungsangebot.

Boden ist eine endliche Ressource und in menschlichen Betrachtungszeiträumen nicht vermehrbar. Sie zu schützen bedeutet, die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu erhalten, planetare Grenzen anzuerkennen und so einen ökologischen Gesellschaftsvertrag zu erfüllen.

Die Entstehung von 10 cm fruchtbaren Bodens setzt 1000 Jahre an Erosion, Witterung und biologischen Zersetzungsprozessen voraus. Einmal versiegelte Böden sind für immer verloren, denn sie verlieren ihre Funktionen für den Wasserhaushalt und das Klima, stehen nicht länger als Lebensraum für Pflanzen und Tiere zur Verfügung und sind nicht länger nutzbar für eine Landbewirtschaftung.

Dieses bedeutet, dass auf dem knappen, nicht vermehrbaren Boden nur die jeweils für Bodenbesitzer und Bauträger lukrativste Nutzung realisiert wird und weniger lukrative Projekte unterbleiben. Diese profitorientierten Projekte sind beispielsweise Gewerbeimmobilien, Bürogebäude oder Hotels. Da außerdem seit einiger Zeit die Wohnungspreise stärker steigen als die Mieten, werden bevorzugt Eigentumswohnungen gebaut und keineswegs die benötigten günstigen Mietwohnungen.

Zusammengefasst: Es existieren in den Wachstumszentren einfach nicht genug ausreichend schnell erschließbare Flächen. Die Marktmechanismen, die das Angebot und die Nachfrage nach Wohnungen in Übereinstimmung bringen sollen, gibt es nicht. Der Markt kann nicht für mehr Flächen und für ein bezahlbares Wohnungsangebot sorgen, die politischen Eingriffsmöglichkeiten sind begrenzt und die Menschen können nicht beschließen, ab sofort nicht mehr zu wohnen.

Doch der Wanderungsdruck wird aufrechterhalten. Wanderungen in die Wachstumszentren werden weniger durch persönliche Vorlieben oder hippe kulturellen Neigungen ausgelöst, sondern sind weitestgehend durch die Investitions- und Beschäftigungsentwicklung sowie in zweiter Linie durch die Hochschulentwicklung zu erklären.

Die Menschen ziehen von Städten und Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und hier vor allem auch Jugendarbeitslosigkeit in Regionen mit mehr und mit besseren Jobs. Und dabei handelt es sich vor allem um eine innereuropäische Wanderung. Seit der europäischen Krise ab 2008 sind viele Menschen aus Italien,

Griechenland oder auch aus Portugal in die deutschen Wachstumszentren gezogen. Dies zeigt das Totalversagen von Standortpolitik.

Die Wirtschaft und vor allem die großen Unternehmen agieren und investieren weiterhin völlig ungerührt von regionalen Erfordernissen oder gar von der Wohnungsnot. Aufgrund der Produktivitätscluster wandern Investitionen und damit Arbeitsplätze in einige wenige Ballungsräume, weil das betriebswirtschaftlich für Konzerne und Unternehmen profitabel ist. Mit diesen Standortentscheidungen wird der Boom weiter angeheizt und die Mietpreise in die Höhe getrieben, was die ärmere Wohnbevölkerung vertreibt und damit die Gentrifizierung insgesamt verschärft.

Warum nicht dort investieren, wo die Menschen nach wie vor dringend Arbeit brauchen? Warum nicht dort für ausgezeichnete technische Unis für den wissenschaftlichen Nachwuchs sorgen?

## 2 Verkehrswachstum

Auch die ökologische Wirkung dieser Regionalentwicklung ist negativ. Gelegentlich hört man die Ansicht, die Metropolisierung sei ökologisch positiv zu bewerten. In den großen Städten ließen sich der Verkehr und die Energiesysteme effizienter steuern als in einem stärker dezentralisierten Raum. Auch die EU-Kommission geht davon aus. Zitat: „Cities are more efficient in terms of energy and land-use and offer the possibility of a low-carbon lifestyle.“ (Städte sind bezüglich Energie und Landnutzung effektiver und bieten die Möglichkeit eines Niedrig-Karbon-Lebensstils.) Auf den ersten Blick sprechen aber bereits die Alltagserfahrungen in den Zentren gegen diese These. Wenn Metropolen ständig wachsen, das Umland aufsaugen und gleichzeitig Wohnraum knapp und teuer wird, hat das auch Konsequenzen für den Verkehr:

Die Zahl der Pendler steigt und mit ihnen die Verkehrs- und Umweltbelastung in und um die Zentren. Eine neue Studie des Bundesinstituts für Raumforschung spricht davon, dass inzwischen 60 Prozent der Berufstätigen in Deutschland Pendler sind. Sie zeigt auch, dass die täglich zurückgelegten Strecken zugenommen haben und Anfahrten von oft mehr als 100 km keine Ausnahmen sind.

In Deutschlands Großstädten stockt der Verkehr. In Stuttgart z. B. steht jeder Autofahrer pro Jahr 46 Stunden im Stau. Mit Milliardenaufwand sollen neue Autobahnen wie z. B. der Nordostring um Stuttgart gebaut werden, was nur den Verkehr und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß erhöht. Eine polyzentrische Siedlungsstruktur könnte dagegen die ökologischen Belastungen minimieren.

Der individuelle Pendlerverkehr ist heute ein entscheidendes Problem. Der Autoverkehr nimmt immer



stärker zu. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs stagniert. So bleibt der Anteil des ÖPNV am gesamten „Mobilitätsmarkt“ laut Studie Mobilität in Deutschland 2017 bei unverändert 10 Prozent. Die Ressourcen werden immer noch zu stark in den Straßenbau und den Motorisierten-Individual-Verkehr (MIV) Verkehr investiert.

Stattdessen beherrscht eine unsinnige Schwerpunktsetzung auf Elektroautos, die Verkehrspolitik, als könne man den Individualverkehr aufrechterhalten.

Aber es geht nicht nur um das Thema Verkehr: Die Zentralisierung von Arbeitsplätzen wie z.B. die Automobilcluster und Konsum führt darüber hinaus zu einer entsprechenden Konzentration von Emissionen und Müll, von Wasser- und Energieverbrauch. Effizienter ist es, das Verhältnis von Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen auszubalancieren und Anreize für eine Stadt der kurzen Wege, Wohnen und Arbeiten zu schaffen.

### 3 Umwelt und Metropolisierung

**Das Fazit bezüglich der sozialen und ökologischen Auswirkungen der ungleichen Regionalentwicklung lautet: Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Armut, vor allem in den Verliererregionen, ist Bestandteil und Folge der regionalen Divergenz in der Eurozone und steht in einem engen Zusammenhang mit ihr.**

**Zusätzlich zur individuellen Armut entwickelt sich in diesen Regionen eine wachsende öffentliche Armut, die viele Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge unfinanzierbar macht und die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit verstärkt.**

**Aber auch in den wachsenden Metropolen selbst nimmt die soziale Spaltung zu, steigende Mieten und Wohnungsmangel, bedingt durch die Binnenwanderung und den permanenten Nachfrageüberhang (Gentrifizierung), erzeugen finanziellen Druck und sinkende Lebensqualität. Die ökologischen Konsequenzen der Metropolisierung sind eher negativ zu bewerten.**

Im Wesentlichen gibt es für die unzureichende Bilanz der herkömmlichen Regionalpolitik drei Ursachen:

- insgesamt und vor allem die Marktkonformität der Regionalpolitik und die verfehlte Konzeption einer wettbewerbsorientierten Kommunal- und Regionalpolitik,
- die staatliche Sparpolitik,
- den damit zusammenhängenden Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge.

Die Sparpolitik zeigt sich anhand einiger weniger Zahlen: So beantragten die Regierungsparteien 2016 bei ihrer eigenen Regierung für die kommenden Jahre eine Festschreibung der Mittel für die „Gemeinschaftsaufgabe

Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) von lediglich 624 Millionen Euro pro Jahr. Das sind umgerechnet 0,2 Prozent des Bundeshaushalts. Die Länder sind angehalten, aber nicht verpflichtet, noch einmal dieselbe Summe draufzulegen. Die „Gemeinschaftsaufgabe“, ein zentrales Element der Regionalförderung, ist damit völlig unterfinanziert.

Die Politik der schwarzen Null, also der Zwang zu ausgeglichenen Haushalten, trifft die (meisten) Länder und Kommunen in voller Härte. So beklagen die Sprecher der Deutschen Kommunen regelmäßig deren Unterfinanzierung.

### 4 Marktkonforme Kommunalpolitik

Hinter diesem „Totsparen“ steht die Ideologie der Marktdominanz und Marktsteuerung. Der Gedanke des Wettbewerbs und der Standortkonkurrenz ist auch in der Kommunalpolitik eine zentrale Richtlinie. Gefördert wird nicht etwa mit dem Ziel, Schulen zu erhalten oder eine flächendeckende Ausstattung mit Kliniken zu gewährleisten: Gefördert wird, um „Hilfe im Wettbewerb“ zu leisten. Und das hat mit Daseinsvorsorge für die Menschen gar nichts zu tun. So formulieren die Regierungsparteien in ihrer Entschliebung zur „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur“ (GRW): „Ziel muss es dabei sein, ... die Wettbewerbsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Regionen zu erhöhen, um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen.“

Mit dieser Konzeption und diesem Denken werden Kommunen in den Wettlauf zur Gewinnung von Unternehmen gezwungen und die gesamte Kommunalpolitik deren Gewinninteressen untergeordnet. Die wesentliche eigene Finanzierungsquelle der Kommunen ist die Gewerbesteuer. Damit stehen sie im „Wettbewerb“ untereinander und müssen um Industrieansiedlungen konkurrieren. Wer in dieser Dumpingkonkurrenz die besseren Karten hat, dürfte klar sein: Die Clustereffekte saugen die Investitionen in die ohnehin reichen Zentren, die mit ihren Gewerbesteuereinnahmen dann auch noch die besseren Infrastrukturen für Investoren bieten können. Die finanzschwächeren Kommunen und Regionen haben in diesem Spiel kaum eine Chance.

Dieser Wettbewerb führt zu einer Zersiedelung in den Boomregionen. Nicht nur Bayern und Baden-Württemberg hinken daher den Zielen zum Flächensparen hinterher. Hemmungslos werden selbst an kleine Orten Gewerbe- und Industriehallen ohne Rücksicht auf die Verkehrswege und Verfügbarkeit von Arbeitskräften in die Landschaft gestellt.

Mit Entwicklungskonzepten der Planungsbüros werden Leitbilder entworfen, die zumeist den Wettbewerbsgedanken aufgreifen. So will man nicht nur mehr

Arbeitsplätze und Wohnraum für neue Einwohner schaffen, sondern auch die Kaufkraft abschöpfen. Einkaufsmärkte- und Zentren entstehen mit überdimensionierten Verkaufsflächen, bilden die neuen Ortseingänge oder umklammern mit den Logistikzentren die Ortschaften.

## 5 Solidarische Regionalpolitik durch Investitionslenkung

Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe und Vergünstigungen können das Ausbluten der ärmeren Regionen stoppen. Universitäten und Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Ämter können in die Regionen verschoben oder neu aufgebaut werden. Daneben gibt es Steuererleichterungen für Unternehmensgründungen in den Regionen.

Damit ist aber Regionalpolitik bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Wir brauchen Elemente einer neuen Investitionslenkung, die eine solidarische Regionalentwicklung ermöglicht. Regionalpolitik auf EU-, aber genauso auf nationaler Ebene versucht notwendigerweise auch heute schon, Investitionsentscheidungen zu beeinflussen. Sie tut das in aller Regel durch Subventionen. Diese Form von Subventionspolitik ist extrem unternehmerfreundlich und teuer. Wer hat, dem wird gegeben, in der Hoffnung, dass damit noch ein paar positive regionale Entwicklungseffekte herauspringen.

### 5.1 Instrumente zur Investitionslenkung

Notwendig ist etwas anderes – man könnte es auch „negative Subventionierung“ nennen: Investitionen in Boomregionen müssen verteuert und begrenzt werden. Eine Investitionsbeschränkung und Verteuierung muss aber mit zwei Instrumenten arbeiten:

#### a. Rechtlich

Übergeordnete Rechtsnormen begrenzen schon heute die kommunale Selbstverwaltung. Hier wäre z. B. Artikel 20a Grundgesetz zu nennen. Wir wollen eine straffere Anwendung übergeordneter Normen zur Sicherstellung einer nachhaltigen, intergenerationalen Bauleitplanung seitens der Fachaufsicht (insb. § 1 Satz 5 und 7 des BauGB). Zudem muss insbesondere die Baunutzungsverordnung grundsätzlich neu formuliert werden, um widerstandsfähige, integrierte Siedlungsstrukturen herbeizuführen. Ausgehend von Forderungen Agenda 21 vom Erdgipfel Rio 1992 regen wir an, vergleichbar mit dem Raumplanungsgesetz der Schweiz, ein bilanziertes Null-Flächen-Wachstum festzuschreiben. Insbesondere in Boom-Metropolen muss die Versiegelung unbebauter Böden mit ihren wichtigen Funktionen unterbunden, punktuell sogar Infrastruktur

zurückgebaut werden. Das Ziel der Raumordnung muss in der Stärkung strukturarmer Räume liegen.

#### b. Finanziell

Die Gewerbesteuer für diese Boomzentren müssen erhöht und die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten (relativ) verschlechtert werden. Zusätzlich sollten die Gewerbesteuer nach raumordnerischen Zielen und Entwicklungsnotwendigkeiten gestaffelt werden. Die Höhe der Gewerbesteuer spielt eine Rolle bei Standort- und Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Zwar existieren derzeit bereits unterschiedliche Steuersätze, aber diese Unterschiede sind offensichtlich zu gering, um eine Lenkungswirkung zu entfalten, und sie orientieren sich ohnehin nicht am regionalpolitischen Ausgleich (kommunale Selbstverwaltung).

Im Prinzip würde also gelten: Die Steuersätze werden systematisch an die Arbeitslosenquote, eventuell auch an einige weitere Indikatoren gekoppelt. Je höher die Beschäftigung, desto höher die Gewerbesteuer. Für die reichen Kommunen müssten die Steuersätze im Vergleich zum derzeitigen Stand damit deutlich heraufgesetzt werden. Die Mehreinnahmen, die Boomstädte dadurch erzielen würden, müssen sie an die Kommunen und Regionen mit den niedrigeren Gewerbesteuer abführen. Sie sollen dort dazu dienen, der weiteren Verarmung dieser Kreise und Gemeinden entgegenzuwirken. Ein solches Steuersystem müsste neben einer regionalpolitisch differenzierten Gewerbesteuer auch unterschiedliche steuerliche Abschreibungssätze für Investitionen beinhalten. In den schwächeren Regionen werden durch entsprechend verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten Investitionen rentabler gemacht als in den Boomzentren. **Alternativ könnte ein Umlageverfahren analog dem Länderfinanzausgleich geschaffen werden.** Dieses Verfahren könnte ergänzt werden durch steuerliche Anreize zur Vermeidung von weiterem Flächenverbrauch.

Es ginge darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der „Cluster“ aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen zur Arbeit.

DIE LINKE will die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickeln. Ziel ist, die Einnahmen der Gemeinden zu erhöhen und diese verlässlicher – d. h. von der konjunkturellen Lage unabhängiger – zu gestalten. Hierzu ist die Bemessungsgrundlage zu verbreitern: Alle unternehmerisch Tätigen sollen in die Gewerbesteuer einbezogen werden, auch sog. freie Berufe wie Steuerberater oder Architekten, die bislang von der Zahlung der Gewerbesteuer ausgenommen sind. Kleine Gewerbebetriebe und Freiberufler sollen steuerlich entlastet werden können. Andererseits sollen Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren in

voller Höhe bei der Ermittlung der Steuerbasis berücksichtigt werden. Diese würde um obige Vorschläge erweitert werden.

## 5.2 Regionale Wirtschaftskreisläufe entwickeln

Bleibt die Frage nach der Art und Ausrichtung der Investitionen: Dieser Aspekt der regionalen Wirtschaftskreisläufe ist bisher stark unterbewertet. Regionalisierung kann den Aufbau von Arbeitsplätzen in der jeweiligen Region fördern, sie kann vor allem aber auch ökologisch sinnvoll sein. Besonders deutlich wird das an der Regionalisierung der Energieerzeugung. Der Übergang zu regenerativen Energien in der Energiewirtschaft schafft die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit zu einer Dezentralisierung. Denn die Sammlung von Regenerativen ist eine kleinteilige und über die Fläche verstreute Aktion. Insofern liegt es nahe, dass die kommunale Energiewirtschaft, die Stadtwerke, die flächendeckend vor Ort arbeitenden Energiefachleute, den Kern von Energiewirtschaft und Energiepolitik bilden müssen, nicht die Großkonzerne mit ihren oft weit außerhalb der Ballungsräume liegenden Großkraftwerken.

Und um diese Kerne der Energiewirtschaft herum können sich neue, regionale Produktionsnetze bilden. Ein wesentlicher Vorteil der Regionalisierung von Produktionskreisläufen ist auch der Rückgang des Verkehrs. Wo nicht mehr grenzüberschreitend nach dem Prinzip des billigsten Standortes produziert und die hergestellten Güter dann zu immensen Umweltkosten quer durch ganz Europa transportiert werden, fallen die Umweltbelastungen durch die „rollenden Lager“ weg.

Hier besteht auch ein Ansatz zur Förderung von Regionalisierung: Die Transportkosten müssen deutlich erhöht werden. Wenn es unrentabel wird, Güter quer durch Europa zu transportieren, die auch regional produziert und verteilt werden könnten, entsteht ein Raum für die Ausdehnung lokaler und regionaler Produktionen.

Durch zusammenarbeitende Akteure und Verflechtungen im Mikrokosmos mit Kleinstrukturen, mittelständischen Betrieben sind eine Vielzahl von Existenzen mit existenzsicherndem Einkommen möglich. Integration von Betrieben in den Orten, Verzahnung mit der Landwirtschaft im Umland statt weniger Großunternehmen mit wenigen Arbeitsplätzen, durchrationalisierter Arbeit, Schichtarbeit und prekären Verhältnissen. In die strukturschwachen Regionen gehören weniger die Ableger von Unternehmen der Boomregionen, wichtiger sind dort verortete Geschäftssitze.

Entwicklungsschwerpunkte müssen auch dort geprüft werden, wo Strukturen zerfallen sind, Gewerberuinen, Industriebrachen oder leerstehende Büro-/Wohngebäude umgenutzt werden können.

## 5.3 Technologie- und Wissenschaftstransfer

In den gängigen Konzepten zur Regionalentwicklung wird häufig ein großer Wert auf die Digitalisierung der abgehängten Regionen gelegt. Man geht davon aus, dass bei einer flächendeckenden Versorgung mit Glasfasernetzen auf dem Land neue Möglichkeiten der Produktion, Dienstleistung und Beschäftigung entstehen. Die abgehängten Regionen sollen also durch Start-ups und durch Digitalwirtschaft gerettet werden. In den Medien erscheinen immer wieder Berichte über vielversprechende Start-ups auf dem Land. Diese Beispiele zeigen, was vielleicht möglich wäre – aber nicht, was sich hauptsächlich entwickelt. Nämlich eine Zentralisierung der Digitalwirtschaft, Stärkung der wirtschaftsgeographischen „Euro-Banane“, einem Reichtumsgürtel von Hamburg über Südholland, Rheinland, Rhein-Main, Oberrhein, München bis Wien.

Aber natürlich würde die Digitalisierung einer solchen korrigierenden Regionalpolitik Möglichkeiten schaffen. Beispielsweise kann sie es erleichtern, Arbeitsplätze zu dezentralisieren und zu verlegen. Eine aktive Regionalförderung könnte also allein schon durch die Schaffung von Heimarbeitsplätzen oder dezentralen Standorten der weiteren räumlichen Zusammenballung von Arbeit und Arbeitsplätzen zumindest ein wenig entgegenwirken.

Auch regionale Produktionskreisläufe ließen sich durch die Digitalisierung fördern, weil sie Plattformen für räumlich stärker verteilte Produktions- und Dienstleistungsstandorte liefern könnten. Bereits heute gibt es Datenbanken und Ausschreibungsplattformen, die regionale Produzenten und Zulieferer miteinander vernetzen.

### **Digitalisierung kann und soll für eine nachhaltige Energiepolitik eingesetzt werden.**

Eine aktive Regionalpolitik muss aber noch weitergehen und flankierend zu neuen dezentralen Tätigkeiten auch Forschungseinrichtungen und Universitäten teilweise dezentralisieren und Wissenschaftszentren in abgehängten Regionen aufbauen und fördern – also die Entstehung alternativer regionaler Cluster systematisch initiieren und fördern.

### **6 Jedem Bürger muss in jeder Stadt und in jeder Region eine ausreichende Daseinsvorsorge garantiert und zur Verfügung gestellt bekommen.**

In der deutschen Regionalpolitik wird derzeit mit Ortskonzepten (Zentrale-Orte-Konzept) operiert, an denen Grundausstattungen der Daseinsvorsorge festgemacht werden. Allerdings natürlich, wie immer in der deutschen Politik: Unverbindlich und ohne Rechtsanspruch für die BürgerInnen.

In dieser staatlichen Raumplanung wird zwischen Ober-, Mittel- und Unterzentren unterschieden. Dabei

sollen Mittelzentren ein Einzugsgebiet von 30 000 bis 35 000 Menschen haben und in 45 Minuten erreichbar sein, Unterzentren einen Einzugsbereich zwischen 7000 und 10 000 Menschen. Ein Unterzentrum dient der Grundversorgung der Einwohner aus dem Umland. Es sollte eine Vielfalt an zentralen Einrichtungen aufweisen.

Das muss aber durchgesetzt werden. Eine Konzentration auf die Stärkung von Unterzentren und ein Unterzentren-/Mittelzentren-Konzept wäre ein Fortschritt. Allerdings fehlt es weitgehend an Instrumenten (und am Willen) zur Durchsetzung. Darüber hinaus geht es aber nicht nur um den Gegensatz Metropole/Land. Auch in ärmeren städtischen Regionen gibt es große Versorgungslücken, die gefüllt werden müssen.

Ausdünnen der Daseinsvorsorge und die Beschränkungen der staatlichen Ausgaben hatten aber die Divergenz im Eurogebiet beschleunigt. Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge und Förderung eines sozialen/kulturellen Umfelds muss das Spardiktat beseitigt werden. Aufsetzend darauf werden dann verpflichtende Standards entwickelt: Öffentliche Leistungen wie der Zugang zu Bildung und Schulen, die Versorgung mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie der öffentliche Nahverkehr müssen verbindlich und rechtlich zwingend zur Verfügung gestellt werden. Zuständig dafür sind die staatlichen und kommunalen Körperschaften.

Solche Standards gibt es in Ansätzen bereits. In Deutschland beispielsweise formulieren die Kassenärztlichen Vereinigungen Ärzteschlüssel pro zehntausend Einwohner, Sportverbände definieren Regeln zur Erreichbarkeit und Ausstattung von Sportstätten und dergleichen mehr. Auch die kommunalen Aufsichtsbehörden legen Mindeststandards fest. Das alles steht bisher allerdings unverbindlich und unverbunden nebeneinander. Diese Regeln und Richtwerte sollten also überprüft, angepasst und vor allem verbindlich gemacht werden.

## **7 Statt Wettbewerb: Zusammenarbeit von Kommunen, Planungsverbänden, Ländern**

Nun hat Politik aber auch immer ihre ideologische und vor allem ihre interessensgeleitete Seite. Wirtschaft und Konzerne haben kein Interesse an ausgleichender Regionalpolitik. Sie sind an der Stärkung eines Metropolenmodells mit ausgelagerten Werkbänken und entsprechendem Standortdumping interessiert.

Für eine alternative Kommunal- und Regionalpolitik ist aber generell und explizit die Aufgabe des „Wettbewerbs“-Konzepts notwendig. Es ist richtig, dass die kommunale Selbstverwaltung eine wesentliche Säule der Demokratie ist. Kommunalparlamente, Stadträte

mit Rechten und Kompetenzen ermöglichen Bürgerbeteiligung. Allerdings ist schnell Schluss mit der Bürgerbeteiligung, wenn der „Wettbewerb“ unter den Kommunen tobt. Wenn neue Gewerbegebiete und Investitionen notwendig sind, um die Steuereinnahmen zu erhöhen, diktiert sofort wieder „die Wirtschaft“ das Geschehen und die Konditionen und keineswegs die „BürgerInnen“.

Für eine alternative Regionalpolitik muss die kommunale Dumping-Konkurrenz durch die Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen ersetzt werden, um in größeren Planungsverbänden definierte Standards zu gewährleisten und gemeinsame Entwicklungsziele umzusetzen.

7.1 Wir wollen mehr Demokratie auch in der Industrie fördern (aus Bundestagswahlprogramm)

Gelder für Forschung und Entwicklung, für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur sollen durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräte kontrolliert werden, in denen neben der Landesregierung und Unternehmen auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

Demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen können in Zukunft im Mittelpunkt einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise stehen. Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Kompetenzen der Beschäftigten auf und geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

- Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale Strukturpolitik in wirtschaftlich abgehängten Regionen und für Genossenschaften verwendet werden. Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung gleichberechtigt berücksichtigt werden.
- Wir fördern Unternehmen, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen, durch Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Im Forschungsförderungsgesetz wollen wir einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen Ökonomie verankern. Zudem wollen wir eine sozialökologische Wirtschaftskammer einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.
- DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie weiterführen wollen: Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in wirtschaftlichen Krisen müssen, wo die Belegschaften dieses befürworten, in Form von kollektiven Belegschaftsanteilen vergeben werden.

Bei dem Verkauf von Unternehmen müssen die Belegschaften ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten.

## 7.2 EU-Wettbewerbsrecht

Die Grundlagenverträge der EU, der Vertrag über die Europäische Union und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union sind von einem engmaschigen Netz an Rechtsvorschriften und Regelwerken umgeben, die den Interessen großer Wirtschaftskonzerne und Banken dienen und tief ins Räderwerk der Ökonomie auf nationalstaatlicher Ebene eingreifen. So schränken die insbesondere von den führenden Nationalstaaten mitgestalteten wettbewerbsrechtlichen Instrumente der EU, zu denen gerade auch das Beihilferecht gehört, inzwischen in immer unerträglicherem Ausmaß die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten ein.

Einschränkungen staatlicher Handlungsfähigkeit sind nicht hinnehmbar.

Die Einschränkungen lassen sich exemplarisch zeigen an den EU-Struktur- und Investitionsfonds und den mit ihnen verbundenen restriktiven Regelungen für Kofinanzierungen, Beihilfen und Ausschreibungen öffentlicher Auftraggeber. Sie be- und verhindern, dass sich insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene Klein- und Kleinstunternehmen und mittelständische Unternehmen breit entfalten können und mithin der Aufbau stabiler, langfristig sich selbst tragender Wirtschafts- und Wertschöpfungskreisläufe mit vielen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen gelingt. Damit wird dem dringend notwendigen und längst überfälligen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft schwerer Schaden zugefügt.

## Linke vereint Euch – jetzt oder nie!

### Didem Aydurmuş

„Die Menschheit führt ein unbeabsichtigtes, unkontrolliertes, global durchdringendes Experiment durch, dessen letztendliche Folgen nur durch einen globalen Atomkrieg übertroffen werden könnten.“ (World Meteorological Organization 1988; Übersetzung d. Autor)

Seit Jahrzehnten gibt es Warnungen, die ignoriert wurden – links und rechts. Die Zerstörung hat sich mit dem scheinbaren Ende der Geschichte beschleunigt. Dieses mag es zwar nicht im Bereich der Politik geben, wie es Fukuyama skizzierte, aber in der Wirtschaft und damit im öffentlichen Diskurs. Die Debatte kennt nur ein Wirtschaftssystem ohne Alternativen. Kapitalismus und Konsumismus sind tiefer denn je in die Welt eingedrungen. Selbst unter einigen AktivistInnen

Deshalb sind Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) über derzeit geltende Subventionswerte in der De-Minimis-Verordnung hinaus so anzuheben und auszugestalten, dass eine für Arbeit und Umwelt wirksame Mittelstandspolitik in strukturschwachen Regionen in Gang gesetzt werden kann. Im Agrarsektor sind Beihilfen auf umweltgerechten und ressourcenschonenden Landbau (sowohl integriert als auch ökologisch) zu beschränken und kräftig über die derzeit genehmigungspflichtigen Subventionen hinaus anzuheben.

Schwellenwerte für öffentliche Ausschreibungen von Aufträgen sind zu streichen. Die öffentlichen Auftraggeber sollen selbst entscheiden, ob sie ihre Aufträge für Bauen, Wohnen, Arbeit und Umwelt europaweit oder national und mithin zumeist lokal oder regional ausschreiben.

Grundlegende Verbesserungen für eine lokale und regionale Struktur- und Investitionspolitik werden sich jedoch letztlich nur erreichen lassen, wenn das restriktive Regelwerk und mit ihm das EU-Wettbewerbsrecht vollständig fällt. Erreichen lässt sich das aber nur, wenn das gesamte EU-Vertragssystem abgeschafft wird und es zu einem Neustart der EU kommt, der die Türen öffnet für eine demokratische und sozial-ökologische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Beschlossen 7. Mai 2022 BAG Ökologische Plattform

Basis dieses Antrags:

Alternative Regionalpolitik (Aus isw 120 Roland Charles Pauli BOOMSTÄDTE und Schrumpfreionen – Das Auseinanderdriften der Regionen und das Versagen der Regionalpolitik in der Eurozone)

wird die Idee, mit dem Taschenbuch abzustimmen, oft ohne Reflexion weitergetragen. Hier zeigt sich, wie der aktuelle Diskurs die Mittellosen weiter entrechtet. Die Ungleichheit ist eklatant. Wir leben nicht in einer post-materialistischen (vgl. Lukas 1999), sondern in einer hypermaterialistischen Welt. Neue „Wünsche“ werden im Sekundentakt produziert. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Menschen mit Zugang zu Grundgütern wie sauberer Luft oder Wasser ab. Weltweit werden Wasserrechte immer noch an den Meistbietenden verkauft. Anstatt geschützt zu werden, werden die Gemeingüter privatisiert, erschöpft und zerstört. Umweltverschmutzung tötet bereits jährlich mehr als 400 000 EuropäerInnen (Europäische Umweltagentur 2016).



Umweltfest Berlin, 11. Juni 2021, Stand der Berliner Umweltgruppen der Linken (Ökologische Plattform, LAG Umwelt, AK Rote Beete).

Außer Gambia hat kein einziges Land einen Plan, um unter 1,5 Kelvin durchschnittlicher Erderwärmung zu bleiben.

## COPs und die Verantwortung Deutschlands

Als Linke ist der romantischen Sprache der frühen Umweltabkommen schwer zu widerstehen. Gleichzeitig ist es bezeichnend, wie kurz entsprechende Wikipediaartikel sind – zur Rio Deklaration (1992), deren Grundsätze weitestgehend missachtet werden, gibt es auf Deutsch zwei Sätze. Nun wieder eine Conference of the Parties (COP), eine große Klimakonferenz, mit jede Menge Versprechungen, wenig Handlung? Die Show wiederholt sich (vgl. Edelman 2005). Wenn ich schreibe, dass sich im Kern nichts verändert hat, dann verwundert das. Und ich gebe zu, dass zumindest die öffentliche Diskussion breiter wirkt als noch 2015. Alles wird grün angemalt. Jedes zweite Werbeversprechen heißt „nachhaltigerer“ – selten schauen wir genauer hin und übersehen diesen Marketingtrick. Es zeigen sich auch Rückschritte. Nicht nur Rechte in Deutschland kommen mit dem Scheinargument, dass wir „ja nicht alleine die Welt retten können.“ Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es einen lauten Aufschrei beim Kyoto-Protokoll gab, das von „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ sprach. Vielleicht haben es Wenige wahrgenommen.

Deutschland trägt, laut Kyoto, große Verantwortung. Nicht nur pro Kopf, sondern auch historisch gesehen, sind wir mit hauptverantwortlich für die Erdzerstörung. Unser Wohlstand baut auf der Ausbeutung begrenzter

Ressourcen auf. Selbst wenn wir keinerlei Beitrag an der Katastrophe hätten und wir „leisten“ einen großen, sollten wir unweigerlich an Konfuzius und Spiderman denken: Aus großer Macht erwächst große Verantwortung. Deutschlands Rolle in der globalen Klimapolitik ist beschämend. Nicht nur befindet sich die Bundesrepublik auf Kurs „4-Grad-Erwärmung“, „schießt“ also auf das Pariser Abkommen, nein, Deutschland ist alles andere als Vorbild. Ein solcher Anspruch wird ohnehin nur noch selten formuliert. Manchmal betonen Neoliberale wie der FDP-Chef Christian Lindner, dass die deutsche Industrie weniger Regeln braucht, um Innovationen voranzutreiben und so international zu zeigen, wie es funktioniert. Der Grund für Klimakonferenzen ist natürlich die Einsicht, dass wir gemeinsam handeln müssen.

## Eine Kritik populärer Märchen

Nachhaltiger oder grüner Kapitalismus ist ein Märchen (vgl. Jackson 2012). Dass ein auf kontinuierlichem Wachstum, der Ausbeutung von Mensch, Natur und Tieren basierendes System, das Kosten externalisiert und Gewinne privatisiert, nicht nachhaltig sein kann, wird hier keine(n) überraschen. Vor Wachstum warnt jetzt sogar der geleakte Bericht des Weltklimarats (IPCC). Es ist an der Zeit, aus den Märchen herauszuwachsen und eine linke Alternative zu zeigen, die auf solider Wissenschaft und Klimagerechtigkeit basiert. Die Debatten bzw. die Nicht-Debatte um CO<sub>2</sub>-Preise zeigen, wie begrenzt der gegenwärtige Diskurs bleibt. Die Monetarisierung der Natur über CO<sub>2</sub>-Preise verfestigt Ungerechtigkeiten, indem sie die Trennung zwischen arm und reich vertieft. Wachsende Ungleichheit durch Klimaschutz ist gelegentlich Teil des Diskurses. Worüber nicht gesprochen wird, sind die kognitiven Auswirkungen. Während viele ÖkonominInnen sicher sind, dass CO<sub>2</sub>-Preise effizient sind, stellen andere Disziplinen seine Effektivität unter Vorbehalt (siehe Norton 2002). Die Soziologie zeigt z. B., dass Sachen einen Preis zu geben, ihren Wert für uns verringern kann. Nachhaltigkeit erfordert jedoch, dass die Gesellschaft die Natur mehr und nicht weniger wertschätzt.

## „Nicht grüner als die Grünen!“

Zu oft hört man in der Partei DIE LINKE diesen Satz. Mal davon abgesehen, dass die Grünen jetzt auch nicht besonders grün sind, ist diese Aussage schon ziemlich seltsam, so ist doch der Schutz der Allmende, englisch „the Commons“, von jeher unser Anliegen. Nicht nur ist die Natur unser größtes Gemeingut und ihre Privatisierung eine Gefahr für ihren Erhalt, funktionierende Ökosysteme sind die Grundvoraussetzung, *Conditio*



sine non qua non, für alles, was Linken wichtig ist. Es gibt keine Jobs auf einem toten Planeten. Dementsprechend anachronistisch benehmen sich jene, die Nachhaltigkeit und Umweltgerechtigkeit nicht für das nötige Fundament unserer Politik halten. Im besten Fall schätzen sie die Lage völlig falsch ein, im schlimmsten Fall betreiben sie bloß Populismus. Tragisch, denn gerade die deutsche Linke muss sich stärker für eine nachhaltige Klimapolitik national, aber auch global einsetzen.

Obwohl der Schutz der Gemeingüter für die Linke ebenso zentral ist wie die Farbe Rot, haben wir das wichtigste Thema unserer Zeit nicht gemeistert. Wir müssen Wege finden, nicht nur die nationalen Ökonomien, sondern die Welt zusammen mit denen zu verändern, die durch den (Neo)kolonialismus und unseren imperialistischen Lebensstil „stimmlos“ geblieben sind. Auch weil sie einfache „Lösungen“ für komplexe Probleme vorgibt, kommt die Idee der wachstums- und marktorientierten Klimapolitik derweil wenigen sonderbar vor. Wirtschaftswachstum ist eine heilige Kuh, aber im Gegensatz zum Kapitalismus braucht der Sozialismus es nicht. Hier müssen wir ins Spiel kommen.

Viele Ökosysteme stehen vor dem Kollaps, einige Kippunkte werden bereits überschritten. Noch nie war die Notwendigkeit einer großen linken Erzählung so wichtig wie jetzt. Aussterben steht auf dem Menü. ExpertInnen des Zukunftsinstituts der Universität Oxford „gaben eine 19 Prozent Wahrscheinlichkeit an, dass die menschliche Spezies vor dem Ende dieses Jahrhunderts aussterben wird“ (Marshall 2014:Loc. 3494). Russischroulette ist besser. Wir sind die Ursache des 6. Massensterbens, könnten auch sein Opfer werden. Die Kritik, dass COPs typischerweise Shows mit großen ökologischen Fußabdrücken sind, zu der Tausende Menschen fliegen, ist berechtigt.

Nachhaltige Politik muss einer Wassermelone ähneln – außen kräftig grün, innen dunkelrot. Wo viele grüne Parteien auf den individuellen Konsum setzen und so tun, als könnte es fast wie gewohnt weitergehen, ist es unsere Aufgabe, den Marktfetischismus anzugehen. Beim Thema Umwelt sind die Folgen des Kapitalismus offenkundig. Immer mehr Bewegungen erkennen die Notwendigkeit mit dem System zu brechen, das auf ewigem Wachstum und maximaler Ausbeutung von Mensch, Natur und Tieren basiert. Wir müssen diese Gruppen unterstützen, an gegenseitigem Lernen teilnehmen, nicht an Kooptation, solidarisch. Die Linke selbst muss ein zukunftsfähiges Narrativ vorlegen, das die Probleme erklärt und sie, ohne Ausreden, radikal anpackt. Die Dringlichkeit und das Ausmaß des Problems erfordern Ehrlichkeit. Solange wir uns nur auf Sektoren konzentrieren, bleiben wir engstirnig und

haben nicht viel zu bieten. Solange wir die Kohlearbeit glorifizieren oder den Verzehr von Bratwürsten für den Gipfel der Freiheit erklären, haben wir weder Wissenschaft und Bewegungen verstanden, noch ihnen zugehört.

## Jenseits der Katastrophe

Klar ist, dass wir einen globalen Umbau brauchen, unser Ernährungssystem, unsere Wirtschaft usw. – alles muss sich ändern. Den Klimawandel und seine Auswirkungen abzumildern, ist die wichtigste und schwierigste Aufgabe unserer Zeit. Die Ökologin und Sea Watch-Kapitänin Carola Rackete sagte bei einem Panel, dass wir weltweit starke Netzwerke bilden müssen. Auch wenn unmenschliche Lohnarbeit und globale Ungleichheit uns nicht haben vereinen können, dies ist unsere letzte Chance. Der Kapitalismus führt Krieg gegen Mensch, Natur und Tier. Wir müssen uns wehren, uns verlässlich an die Seite der Schwächsten stellen, an die Seite globaler Gerechtigkeitsbewegungen und endlich ein Narrativ gegen den hegemonialen Diskurs aufbauen. Unsere Erzählung ist eine der Umverteilung, globaler Gerechtigkeit und Solidarität, der eingeschlagene Kurs der Geschichte ist apokalyptisch. Wir dürfen keine Angst vor dem haben, was getan werden muss; wir müssen uns vor dem, was kommt, fürchten, wenn wir nicht kämpfen. Die Katastrophe passiert bereits.

## Quellen

- Edelman, M. (2005): Politik als Ritual: Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt: Campus Verlag.
- European Environmental Agency (2019): Air quality in Europe. – <https://www.eea.europa.eu/publications/air-quality-in-europe-2019>.
- Jackson, T. (2012): Prosperity without growth: Economics for a finite planet. – Kindle Edition: Routledge.
- Luke, T. W. (1999): Capitalism, Democracy, and Ecology. Departing from Marx. – Urbana and Chicago: University of Illinois Press.
- Marshall, G. (2014): Don't Even Think About It: Why Our Brains Are Wired to Ignore Climate Change. – Bloomsbury: Kindle Edition.
- Norton, B. (2002): Issue 3: Nature Has Only an Instrumental Value Sustainability: Descriptive or Performative? – In J. M. Gillroy and J. Bowersox (Hrsg.), The Moral Austerity of Environmental Decision: Sustainability, Democracy, and Normative Argument in Policy and Law. – Duke University Press: Kindle Edition.
- Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung (1992): <https://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf>.
- World Meteorological Organization (1988) <http://cmosarchives.ca/History/ChangingAtmosphere1988e.pdf>

## Antrag P.08.: Ein Klasse Apparat

(2. Tagung des 7. Parteitags, Online, 19./20. Juni 2021)

AntragstellerIn: BAG Ökologische Plattform

Der kommende Bundesvorstand hat Daten über die Parteistruktur zu erheben:

- über die Parteivorstände auf Europaebene, Bundesebene, Landesebene, Kommunalebene;
- für die Vorsitzenden und StellvertreterInnen dieser Gremien;
- für die SchatzmeisterInnen;
- über die Mitglieder/Delegierten der Bundesparteitage/Landesparteitage;
- über die Mitglieder des Bundesausschusses und der Landesausschüsse;
- über die Kommissionen in Bund und Land.

Bei der Datenerhebung sind die folgenden Daten der Mitglieder der oben genannten Strukturen zu erheben:

- Zahl der MandatsträgerInnen mit Angabe der Ebene (Europa, Bund, Land, Kommune);
- Zahl der Angestellten der MandatsträgerInnen bzw. Fraktionen mit Angabe der Ebene (Europa, Bund, Land, Kommune);
- Zahl der Angestellten der Partei (inklusive EL) mit Angabe der Ebene;
- Zahl der Angestellten der Rosa-Luxemburg-Stiftung;
- Zahl der Angestellten in Firmen in Parteibesitz.

Bei allen erhobenen Daten ist aufzuschlüsseln, ob es sich um Vollzeit-/Teilzeitstellen handelt.

Bei Anstellungsverhältnissen ist die Stundenzahl zu ermitteln (Zahl der Vollzeitstellen/Zahl der Teilzeitstellen mit der durchschnittlichen Arbeitszeit).

Auf allen erhobenen Ebenen der Partei ist die Anzahl wie prozentuale Zusammensetzung zu ermitteln.

Der kommende Vorstand legt diese Zahlen erstmals ein halbes Jahr nach seiner Wahl vor. Ein jährlicher Stichtag ist im Folgenden vom Parteivorstand festzulegen. Die Ergebnisse werden auf jedem Parteitag, auf dem die Vorstände neu gewählt werden, dem Parteitag mit der Einladung vorgelegt. Die Daten stehen auch den Ländern zur Verfügung.

### Begründung

Wer im Sozialbereich unserer Partei tätig ist, bekommt zunehmend das Gefühl, unsere Partei werde mehr und mehr aus dem Funktionsbereich der Partei gesteuert. Das schadet uns in vielerlei Hinsicht. Kolja Möller und Jörg Schindler wiesen schon 2014 in ihrem Artikel „Funktions- und Sozialbereich – Linke Parteien zwischen Verstaatlichung und Autonomie“ (1) auf wesentliche Probleme eines abgekoppelten Funktionsbereichs hin:

„Bestimmte Entscheidungen im Funktionsbereich, die in hehrer Absicht oder aus verstaatlichter Logik heraus vollkommen vernünftig erscheinen, führen zum Einsturz des linken Sozialbereichs. Sie können auch nicht von linken Staatssekretären aus der Regierungsbank heraus den Vertretenen nachträglich erklärt werden. (...) Eine demokratische Mitgliederpartei muss versuchen, solche Bewusstseinsformen zurückzudrängen. Manche unprofessionelle Form der Sozialbereichspolitik ist tausendfach emanzipierter als die durch die Agentur gelayoutete Broschüre, (...), auf denen Berufspolitiker von vorne ewig über die Welt dozieren.“

Bernd Riexinger hat in seinem Beitrag zur Strategiekonferenz das begrüßenswerte Ziel ausgegeben, wieder eine Partei der 100 000 Mitglieder zu werden. (2) Er sieht eine einladende Parteikultur, Kampagnen, Stadtteilarbeit und die Erweiterung der Bildungsarbeit als zentralen Kern des Parteaufbaus. Hierzu müssen wir attraktiv für die eigene Basis werden – die Offenlegung des Klassencharakters in unseren Reihen kann hier helfen.

In unserem Programm heißt es: „Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. (...) Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.“ Um dies zu gewährleisten, muss die LINKE aber in der Lage sein, ein strukturelles Eigenleben als Partei zu führen und sich von der parlamentarischen Ebene, die besonderen, gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt ist, zu emanzipieren. Diese parlamentarische Ebene ist nicht allein ein Ort, um die eigene Programmatik durchzusetzen, sie ist auch ein bewusst geschaffener systemintegrierender Faktor, der die Stabilisierung der Zustände, die wir als Partei mit demokratischen Mitteln überwinden wollen, zum Ziel hat. Die Integration des Führungspersonals in ein finanziell lukratives System, von dem die Partei selbst schnell abhängig wird, in Widerspruch mit den programmatischen Zielen gerät. Die Millionenbeträge, die in Fraktionen und Stiftung fließen, bringen einen unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen, Informationen und zur Macht mit sich. Bei den im Politikbetrieb Beschäftigten wächst die objektive, ökonomische Notwendigkeit, dieses System möglichst ohne Stimmenverluste am Laufen zu halten. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Diese bürokratisierte

Sozialschicht (nach Wolfgang Abendroth – nicht mit dem Sozialbereich oben zu verwechseln) ist dringend auf das Wohlwollen einer medialen Öffentlichkeit angewiesen und wirkt strukturell konservativ – nicht nur im parlamentarischen Sektor, sondern auch innerhalb der Partei. Die Bequemlichkeitsfehler, die bereits die SPD und die Grünen gemacht haben, müssen wir vermeiden, da die LINKE sonst ihre Existenzberechtigung verliert.

Die Kritik an diesen herrschenden politischen Strukturen, ob durch bürgerliche Philosophen wie Hans Herbert von Arnim als auch von Marxisten wie Wolfgang Abendroth oder Johannes Agnoli, ist ernst zu nehmen. Die Partei sollte sich bewusst machen, welche strukturellen Folgen die Finanzierung durch die staatlichen Mittel mit sich bringt.

Es wird nicht gelingen, eine große Zahl an GenossInnen dauerhaft und ehrenamtlich an die LINKE zu binden, wenn an der Basis der Eindruck besteht, sie führe die Kärnerarbeit (Zettel verteilen, Stände betreuen, Haustürgespräche führen) nicht für eine Partei, sondern für eine elitäre, schwer erreichbare Profiebene durch, die materiell oft auch besser steht und einflussreicher ist. Das Abwenden von den GenossInnen an der Basis erfolgt meist still.

Die Visualisierung der Zusammensetzung der Entscheidungsebenen in der Partei wäre ein wichtiger Beitrag zur Transparenz und um Strategien zu debattieren, aus einer Parlamentsfixierung im Parteileben herauszukommen. Sie hilft, in Zeiten der Wahlen den Fokus auf KandidatInnen zu richten, deren berufliche Erfahrung außerhalb des staatsfinanzierten Politikbetriebs

liegt. Die Zahlen wären Basis dafür, Methoden zu entwickeln, den Wandel zur 100 000-Mitgliederpartei zu forcieren. Sie könnten natürlich auch den Mitgliedern, die von der Dominanz des Funktionsbereichs ausgehen, ihren Irrtum belegen.

Es geht bei dem Antrag nicht um ein Schwarz-Weiß bezüglich Parlamentarismus/Berufspolitikertum/Regierungsbeteiligung, sondern um ein Instrument, strukturelle Probleme sichtbar zu machen und zu lösen. Viele MandatsträgerInnen, MitarbeiterInnen, ParlamentarierInnen haben große Ziele und sind oft mit sehr großem Engagement und Einsatz bei ihrer Sache. Was die Funktionsebene oft nicht sieht und nicht immer zu verstehen scheint ist, dass die im Sozialbereich geleistete Arbeit auch für Wahlerfolge notwendig ist. Diese wird nicht bedingungslos gegeben. Wie Möller und Schindler 2014 richtigerweise bereits geschrieben: „Sozial- und Funktionsbereich brauchen sich gegenseitig.“ Das soll gefördert werden.

Die Antragsteller unterstützen den Parteivorstand gerne bei der Erstellung der notwendigen Abfragen. Intention ist ein Datenbestand, der datenschutzkonform ist.

(1) Prager Frühling Februar 2014, S. 46

(2) Partei eines sozialen und ökologischen Systemwandels. – In: Beiträge zur Strategiekonferenz 29. 2.–1. 3. 2020, Kassel, S. 439 – inzwischen wieder auf der Seite <https://strategie-debatte.die-linke.de/start/>

Nach Überweisung an den Parteivorstand wurde der Antrag auf der Sitzung am 8. Dezember 2021 angenommen.

## **Die Ebene der Entscheider koppelt sich ab**

**Gespräch von Nico Popp mit Marcus Otto, Mitglied im SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform**

### **Bundesvorstand von Die Linke soll Daten zum Anteil von Abgeordneten und Parteigestellten in Gremien erheben**

*Am vorletzten Wochenende hat der Parteivorstand von Die Linke einen Antrag der Ökologischen Plattform beraten und knapp gebilligt. Mit dem wird der Bundesvorstand verpflichtet, Daten über die Präsenz von Mandatsträgern und von Angestellten der Partei, der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie von Firmen in Parteibesitz in Wahlgremien – also vor allem in Vorständen und bei Parteitagern – zu erheben. Warum ist das erforderlich?*

Der Antrag basiert auf Eindrücken und Stimmungen an der Basis – auf gefühltem Wissen, wenn man so will. Diese Eindrücke deuten darauf hin, dass überall da, wo

Entscheidungsgremien sind, wo Leute sagen können, wo es politisch langgeht, der Anteil von Genossinnen und Genossen, die entweder in Parlamenten oder sonstigen Politjobs ihren Lebensunterhalt verdienen, also vom politischen Betrieb leben, sehr hoch ist. Wir haben uns mal den Vorstand des Berliner Landesverbands angesehen und festgestellt, dass von 20 Mitgliedern tatsächlich 18 in Parlamenten oder Büros von Abgeordneten oder der Partei sitzen. Es ist hier also so, dass die Leute, die vom politischen Geschäft leben, auch die Entscheidungen darüber treffen, wie es mit der Partei weitergeht. So herrscht in den Vorständen zweifelsohne eine Wahrnehmung der Lebensrealitäten, die eine andere ist als an der Basis.

*Das Problem, das hier berührt wird, hat die Arbeiterbewegung bereits vor dem Ersten Weltkrieg*

*beschäftigt. Da haben Leute vom linken Flügel der SPD auf den ständig wachsenden direkten Einfluss der „Parteibeamten“ und der Abgeordneten etwa bei Parteitagen hingewiesen. Lassen sich denn mit Blick auf die Linkspartei Entscheidungen benennen, die anders ausgefallen wären, wenn die Basis in den Vorständen nennenswert vertreten wäre?*

Darüber haben wir uns noch keine Gedanken gemacht. Aber natürlich gibt es das Gefühl, das vieles anders laufen würde. Bei uns ist die Debatte zunächst über die Frage der innerparteilichen Kommunikation aufgekommen, Wir haben den Eindruck, dass sich die Entscheidungsebene immer weiter abkoppelt und auf der Ebene der Basisorganisationen mitunter gar keine kommunikative Anbindung mehr vorhanden ist. Wir sind der Meinung, dass eine sozialistische Partei in der Lage sein muss, klassenspezifische Probleme zu erkennen und entsprechende Strategien zu entwickeln. Mitglieder von der Basis müssen in der Lage sein, ihre Probleme in die Mitte der Parteidebatte zu führen. Es gibt leider die Tendenz, dass die Themen in Vorständen, die wie beschrieben zusammengesetzt sind, nicht die Themen der Basis sind.

*In der Begründung des Antrags heißt es mit Blick auf diese „Sozialschicht“, sie sei „auf das Wohlwollen einer medialen Öffentlichkeit angewiesen und wirkt strukturell konservativ“. Wäre es dann nicht konsequent, deren Anteil in Gremien zu begrenzen oder gleich auf null zu reduzieren?*

Ja, das ist das Fernziel. Aber im Moment ist da eben viel gefühltes Wissen dabei. Man weiß eine ganze Menge, aber es gibt keine umfassende und belastbare

Datenerhebung, auf deren Grundlage man zu solchen Entscheidungen kommen könnte.

*In dem Antrag ist auch davon die Rede, dass sich viele Genossinnen und Genossen „still abwenden“, weil sie den Eindruck hätten, etwa bei Wahlkämpfen die Kärrnerarbeit für eine schwer erreichbare „Profi-ebene“ zu erledigen. Wie verbreitet ist diese Stimmung?*

Man trifft immer wieder auf Genossen, die inaktiv geworden oder ganz ausgestiegen sind, weil sie sich einflusslos fühlen und mit ihren Anliegen nicht herankommen an die Ebene der Entscheidungen. Die nach dem dritten Antrag, der im Sande verlaufen ist, die Lust verlieren.

*Im Vorstand traf der Antrag nicht auf uneingeschränkte Begeisterung. Es gab neun Stimmen dafür, sieben dagegen und zwölf Enthaltungen. Welche Einwände gab es?*

Das Ziel, diese Daten zu erheben, wurde nicht offen kritisiert. Dass es hier ein Problem gibt, wurde auch nicht bestritten, sondern von vielen so gesehen. Es ging eher um die technische und datenschutzrechtliche Realisierbarkeit. So könnte die Partei Schwierigkeiten haben, Informationen zu Angestellten der Stiftung zu bekommen, da es hier eine klare Trennung gibt.

*Wann wird die Erhebung abgeschlossen sein?*

Wenn alles nach Plan verläuft, liegen die Daten ab Herbst 2022 den Delegierten der Bundes- und Landesparteitage vor.

(Die Erstveröffentlichung erfolgte in der JW vom 23. Dezember 2021, S. 2)

## Labour turn? Sozialchauvinismus pur!

**Rezension von Bruno Kern zum Buch von Klaus Dörre „Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution“**

Vom „S-Wort“ spricht Klaus Dörre kokettierend, wenn er „Sozialismus“ meint, suggeriert damit, einen besonderen Tabubruch zu begehen, und umgibt sich damit selbst mit dem Nimbus der Radikalität. Am Ende bleibt davon nichts als Kleinbürgerspießigkeit: „Familie und Kinder, Häuschen, Auto und Verankerung in den sozialen Netzwerken der Region. Nichts soll ständig wachsen müssen, und kein Arbeiter, keine Arbeiterin beansprucht, ständig mehr haben zu wollen. Aber das einmal Erreichte möchte man be- und erhalten.“ (S. 105) Besitzstandswahrung also für die WohlstandsbürgerInnen in den reichen Industrieländern. Dazu gehört natürlich auch der Urlaubsflug „für die Putzfrau“ alle zwei Jahre, quasi als verbrieftes Menschenrecht (S. 259). Denn eins ist ja klar: „Auch in den

reichen Ländern ist es keineswegs erforderlich, der Putzfrau die Mallorca-Reise und dem Daimler-Arbeiter das Häuschen zu nehmen ...“ (S. 257) Gemütlich geht's also zu beim Weltuntergang – solange man die weltweiten Verlierer ausblendet: die mehr als 90 Prozent der Menschheit, die noch nie geflogen sind etwa, und nicht zu vergessen die Opfer jener Kriegsgewalt, mit denen sich der Daimler-Arbeiter sein Häuschen und sein bescheidenes Glück verdient ... Unsere „Initiative Ökosozialismus“ hat stets betont, dass die tiefgreifende ökologische Transformation, vor der wir stehen, nur gelingen wird, wenn den Menschen elementare Existenzängste genommen werden können, dass sie Hand in Hand gehen muss mit einer radikalen Umverteilung des bestehenden Reichtums, dass

es gerecht dabei zugehen muss. Dörre macht daraus aber „Statusgarantien“. Das heißt, er suggeriert den Menschen hierzulande, wir könnten Nachhaltigkeit erreichen und dabei den Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheiten – abgesehen natürlich von der kleinen Elite „Superreicher“ – in den reichen Industrieländern aufrechterhalten. Das sei ein Erfordernis der „Realpolitik“ (S. 107). Natürlich hat eine solche Anbiederung an den deutschen Kleinbürger seinen Preis: Dass sich unser Scheinwohlstand, an dem eben auch die „kleinen Leute“ bei uns partizipieren, einer brutalen einseitigen weltweiten Ressourcenaneignung auf Kosten des globalen Südens verdankt (die sich unter ökologischen Vorzeichen nur noch verschärft), muss er systematisch ausblenden bzw. kleinreden. Seine Polemik gegen die von Ulrich Brand und Markus Wissen eingeführte Kategorie der „imperialen Lebensweise“ ist schlicht unerträglich: Er spricht von einem „Konstrukt“ und wirft dem Konzept vor, dass „die herrschenden Eliten des globalen Südens von ihrer Verantwortung ... tendenziell freigesprochen“ werden (S. 258) – als ob nicht bereits die Dependenztheorien hinlänglich die Brückenkopffunktion eben dieser einheimischen Eliten für das kapitalistische Zentrum aufgezeigt hätten. Aber der Reihe nach:

Ich darf der Fairness halber zunächst festhalten, dass Dörres Buch eine Reihe sehr kluger Einsichten und nachdenkenswerter Hinweise enthält. Das möchte ich gern an den Anfang stellen. Gründlich entstaubt er den mit schweren Hypotheken belasteten Sozialismusbegriff. Gegen jeden ökonomischen Determinismus verweist er auf die „Ausdifferenzierung sozialer Felder“ und jeder autoritären Versuchung hält er ganz im Sinne von Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki den Eigenwert parlamentarischer Demokratie entgegen. Wichtig ist auch sein Hinweis, dass ein empathischer Begriff von Demokratie sich nicht nur formal auf die Verfahrensfrage beziehen sollte, sondern einer inhaltlichen, normativen Bestimmung bedarf. Dass er konkret die „Sustainable Development Goals“ der UN dafür vorschlägt, kann man – bei allem damit verbundenen Unbehagen – noch als strategisch klug bezeichnen, da man sich hier auf einen Minimalkonsens mit hoher Legitimation berufen kann. Immerhin ist ihm der Pferdefuß an der Sache ja selbst bewusst, da er selbst anmerkt, dass man Gefahr läuft, mit diesen Zielen die dahinter stehende Ideologie des „sustainable development“, eines „dauerhaften, breitenwirksamen, nachhaltigen Wachstums“ zu übernehmen (S. 102). Er plädiert dafür, den Sozialismus in seiner utopischen Dimension wiederzugewinnen, und denen, die so laut und unbeirrt den Ruf nach „system change“ skandieren, schreibt er ins Stammbuch, dass kollektives Eigentum noch lange keine Garantie für Nachhaltigkeit ist. Aus all dem

zieht er durchaus auch wichtige strategische Schlussfolgerungen, etwa hinsichtlich der Rolle der Verfassung. Lesenswert finde ich auch seine ausführlichen Hinweise auf eine Verhältnisbestimmung von Markt und Plan (wenngleich man sich fragen muss, welchen Wert diese Überlegungen haben, wenn man das entscheidende Vorzeichen, nämlich das unausweichliche Schrumpfen der Ökonomie, nicht zur Kenntnis nehmen will), strategisch wichtig ist auch sein Hinweis auf die zunehmend unverzichtbare Rolle des Staates angesichts immer kostenintensiverer nötiger Infrastruktur ... Aber mit all dem rennt Dörre bei unsereinem ja offene Türen ein. Im Hinblick auf eine gewisse orthodoxe Klientel der altbackenen Linken mag das aber durchaus verdienstvoll sein. Dass er so manche seiner grundsätzlich formulierten Postulate am Ende selbst nicht einlöst bzw. konterkariert – davon soll weiter unten noch die Rede sein.

Vorbehaltlos zuzustimmen ist ihm natürlich in der Beschreibung des Grunddilemmas, nämlich des Expansionsparadoxes, das den Kapitalismus kennzeichnet und gleichzeitig – so formuliert er im Anschluss an Friedrich Engels – seine „Achillesferse“ ausmacht. Für die Versuche, diesem Paradox gewissermaßen in einer Flucht nach vorn zu entrinnen, prägt er den durchaus anschaulichen und treffenden Begriff der „kapitalistischen Landnahme“ und zeigt, wie das Prinzip der „ursprünglichen Akkumulation“, nämlich Verknappung von vorher durchaus allen ausreichend zur Verfügung stehenden Ressourcen durch kapitalistische „Inwertsetzung“, bis heute fortwirkt. Angesichts der weltweiten Privatisierung von so elementaren Dingen wie Trinkwasser und Saatgut, angesichts der Tatsache, dass mit dem Handel von Verschmutzungsrechten selbst aus der ökologischen Krise ein Geschäftsmodell wird, wird man Dörres Begriff durchaus dankbar aufgreifen.

Dörre spricht von einer ökonomisch-ökologischen „Zangenkrise“ (S. 39; S. 59 ff.) und meint damit den Widerspruch zwischen der Dynamik des Kapitalismus selbst und dem Gefahrenpotenzial für die Zivilisation, die diese aus sich heraus gebiert. In der Sache ist ihm hier durchaus recht zu geben. Etwas irritierend ist es aber, dass er sich für die Wahl dieses Begriffs in einer entsprechenden Fußnote direkt auf uns (die „Initiative Ökosozialismus“), näherhin Saral Sarkar, bezieht, der diesen Begriff in einem ganz anderen Sinne verwendet! Es steht Dörre natürlich frei, den Begriff eben so zu prägen, wie er es tut, und er ist damit durchaus sachgerecht. Warum aber dann der Verweis auf Saral Sarkar? Hat er so oberflächlich gelesen? Bei Saral Sarkar ist ein völlig anderer Sachverhalt gemeint, nämlich die doppelte Bewegung von schwindender Tragfähigkeit der Ökosysteme einerseits und abbröckelnder

Ressourcenbasis andererseits, die den Kapitalismus quasi „in die Zange nimmt“ und ihn im Unterschied zu anderen Krisen den Weg seiner weiteren Reproduktion abschneidet. Diese Problematik ist völlig außerhalb von Dörres Horizont – wiewohl sie gerade jetzt virulent wird. Das Ende des weltweiten Wachstums aufgrund der schwindenden Ressourcenbasis hat der erste „Bericht an den Club of Rome“ ziemlich präzise für unser Jahrzehnt prognostiziert. Es zeichnet sich bereits deutlich ab, dass diese Prognose recht behält: Das weltweite Zusammenbrechen von Lieferketten, Engpässe nicht nur bei Halbleitern, sondern auch bei Rohstoffen wie Magnesium oder Graphit (aufgrund einer Energiekrise in China), der sprunghafte Anstieg der Gaspreise etc. – dies alles wird journalistisch gern auf kurzfristige Anomalien wie die Covid-19-Pandemie, den Brexit etc. zurückgeführt. Etwas weniger oberflächliche Beobachter aber erkennen dahinter durchaus den säkularen Trend, wie ihn Dennis Meadows und sein Team vorausberechnet haben. Das meinen wir also mit dem „Zangengriff“, und man hätte sich gewünscht, dass Dörre auf diese unterschiedliche Begrifflichkeit hingewiesen hätte – so er sie denn überhaupt zur Kenntnis genommen hat.

Dörre geht vom dem Kapitalismus inhärent eingeschriebenen Wachstumszwang aus, sein Verhältnis dazu ist aber in der Folge auffallend ambivalent, uneindeutig und ohne jedes Bewusstsein für die Größenordnung, um die es geht. So bezeichnet er etwa das Wirtschaftswachstum „unter Status-quo-Bedingungen“ für ökologisch destruktiv (S. 61). Was bedeutet diese Einschränkung? Hält er sogenanntes „grünes Wachstum“ für möglich? Glaubt er an die ökoliberalen Mär von der genügend großen Abkoppelung des Wachstums von der Energie- und Ressourcenbasis? Einige weitere Aussagen in seinem Buch deuten genau darauf hin. „Die Nachhaltigkeitsrevolution ist zunächst eine Produktivkraftrevolution.“ (S. 108). Klarer kann man eigentlich einem „grünen Kapitalismus“ gar nicht das Wort reden. Das zwingend nötige Schrumpfen beschränkt er denn auch explizit auf die „Karbonbranche“ (S. 61). Er spricht von einer notwendigen „Anpassung an geringes, selektives oder ausbleibendes Wachstum“ (S. 103) und davon, dass ein schwaches Wachstum auf einer anderen energetischen Basis kein Problem wäre (S. 120), und er distanziert sich ausdrücklich von der Degrowth-Bewegung, wenn er formuliert, dass „in deren Sicht“ Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum einander ausschließen (S. 102). Und in diesem Zusammenhang gibt er in einer längeren Fußnote auch mir die Ehre. Er spricht mit Bezug auf mein Buch *Das Märchen vom grünen Wachstum*<sup>1</sup> von einer „allzu pauschalen Industrialismus- und Wachstumskritik“, hält mein Plädoyer für einen geplanten

solidarischen Rückbau, für ein notwendiges Schrumpfen in den OECD-Ländern für „problematisch“ (S. 274). Was ist an meiner Kritik „pauschal“? Im Gegensatz zu ihm habe ich die Niederungen der Empirie eben nicht gescheut und die Notwendigkeit einer Schrumpfung auf einer seriösen Datenbasis zu begründen versucht. Ich habe die Grenzen des Potenzials erneuerbarer Energien und von Effizienzstrategien eben nicht „pauschal“ behauptet, sondern gut belegt. Den Vorwurf der Pauschalität gebe ich direkt zurück. Ich habe anhand von Energiebilanzen, Energierücklaufzeiten etc. den konkreten Nachweis geführt, dass wir nach dem Ende der fossilen Energien mit erheblich weniger Nettoenergie auskommen werden müssen. Ich habe unter Berufung auf Schmidt-Bleek und andere darauf hingewiesen, dass wir nur noch einen Bruchteil der bisherigen Menge an Rohstoffen verarbeiten werden können, wenn wir die nötigen Emissionsreduktionen einhalten wollen. Man kann das im Detail anfechten – und eben darum ist daran gar nichts pauschal. Ich führe gern auf dieser konkreten Datenbasis den Streit mit ihm. Dass er selbst diese Auseinandersetzung nicht geleistet hat, wird deutlich, wenn er ganz offensichtlich (auf S. 174) von der hundertprozentigen Versorgung mit erneuerbaren Energien ausgeht. Das Ökoinstitut und Prognos haben 2019 in einer Studie für den WWF festgestellt, dass wir in Deutschland ein Potenzial an erneuerbaren Energien in der Größenordnung von etwa 700 TWh ausschöpfen können. Dem stehen 2500 TWh an Endenergieverbrauch jährlich gegenüber. Allein eine Dekarbonisierung der Chemieindustrie würde einen Mehrbedarf an Strom in der Größenordnung von 685 TWh erfordern, also erheblich mehr, als wir überhaupt an Strom erzeugen, die Umstellung auf „grünen Stahl“ weitere 130 TWh usw. Wie ist das derzeitige Niveau des Industriestandorts Deutschland unter diesen Voraussetzungen aufrechtzuerhalten? Hic Rhodos, hic salta! Natürlich hat er Hilfsargumente parat, wie etwa, dass es Regionen auf der Erde gibt, in denen ein bescheidenes Wachstum mit dem damit verbundenen Ressourcenverbrauch durchaus wünschenswert und notwendig ist. Das ist geschenkt, und Dörre unterschlägt natürlich damit, dass ich mich mit meinem Schrumpfungspostulat auf die OECD-Länder bezogen habe. Wenn wir aber – und da bin ich ja durchaus bei ihm – etwa in Tanzania oder Bangladesch eine Steigerung der materiellen Basis für nötig halten, dann heißt das doch nichts anderes, als dass wir in den OECD-Ländern umso konsequenter den materiellen Rückbau vorantreiben müssen. Aber wer die strategische Option getroffen hat, die Werktätigen in den reichen

---

<sup>1</sup> Bruno Kern, *Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft*, Zürich, <sup>2</sup>2020



Industrieländern entgegen jeder Plausibilität zu den Hauptsubjekten der ökologischen Transformation hochzustilisieren, wer einen „labour turn“ der Klimagerechtigkeitsbewegung einfordert, darf natürlich von Rückbau nicht reden.

Überall, wo Dörre auf konkrete ökologische Sachverhalte zu sprechen kommt – was ohnehin nur sporadisch der Fall ist –, wird er erstaunlich unklar, bzw. er zeigt sich höchst unbedarf. Das betrifft zum Beispiel seine Aussagen zur individuellen E-Mobilität. Es bleibt völlig im Dunkeln, wofür er hier eigentlich plädiert und was er für möglich hält (vgl. etwa S. 126). Ein Musterbeispiel ist etwa seine Einlassung zur Landwirtschaft. Auf keinen Fall soll diese eine „Rückkehr zur extensiven Landwirtschaft aus vorindustrieller Zeit“ vollziehen (S. 176). Also Auslagerung von Flächen nach Übersee (z. B. durch Futtermittelimporte) mit allen sozial und ökologisch zerstörerischen Konsequenzen, Kunstdünger (von der Energieintensität des Haber-Bosch-Verfahrens hat er wohl noch nichts gehört), Maschineneinsatz etc. wie gehabt! Er hofft lediglich auf eine Optimierung durch weitere Digitalisierung.

Die schreiende globale soziale Ungleichheit – und das ist wirklich ein Ärgernis – blendet Dörre in sozialchauvinistischer Manier aus. Als „Hauptverlierer“ identifiziert er – nicht etwa die aktuell unter einer klimabedingten Hungersnot leidenden Menschen in Madagaskar, nicht etwa die Frau aus Burkina Faso und Bangla Desch, die im Jahr 0,7 t CO<sub>2</sub> emittieren, nein: „Hauptverlierer dieser asymmetrischen Entwicklung sind die industriellen Lohnarbeiterklassen der USA und Westeuropas, deren Anteile am erzeugten Mehrprodukt erheblich geschrumpft sind.“ (S. 75) Ein Blick in die World Inequality Reports, den er wahrscheinlich sicherheitshalber gar nicht erst riskiert hat, hätte ihn eines Besseren belehrt. Das Nettonationaleinkommen ist in den USA dreimal höher und in Westeuropa zweimal höher als im Weltdurchschnitt. Zwischen 1980 und 2016 ist ein durchschnittliches Wachstum um 54 Prozent zu verzeichnen, in Afrika hingegen nur um 18 Prozent und in Lateinamerika um 12 Prozent. Von diesem Nord-Süd-Gefälle profitieren bei uns eben auch – wenn auch in geringerem Maße als die Reichen – die großen Bevölkerungsmehrheiten. Und eben dadurch verschafft sich dieses internationale kapitalistische Ausbeutungsregime bei uns die nötige Akzeptanz – auch und gerade unter den Lohnabhängigen. Es ist schlicht dreist (wie er es etwa auf S. 84 tut), die Armen in den reichen Industrieländern unter die global Armen zu subsumieren und damit die schreiende Ungerechtigkeit zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden zu verschleiern. Das tut er mit folgendem Trick: Er vergleicht die Ärmsten in den reichen Ländern mit dem pauschalen Durchschnitt in

den „sich entwickelnden Ländern“ (welchen?) und formuliert einen Satz, der von den Opfern der globalen Ausbeutung, von denen, die aus ihrem Elend die Flucht zu uns antreten, nur als Verhöhnung empfunden werden kann: „Die Zeiten, in denen die Ärmsten in den reichen Ländern noch immer wohlhabender waren als die Bevölkerungen der sich entwickelnden Länder, sind vorbei.“ (S. 76) Gerade angesichts des weitaus stärkeren sozialen Gefälles in vielen der betreffenden Länder ist die pauschale Rede von „den Bevölkerungen“ unredlich und in ihrer Aussagekraft wertlos. Da und dort gesteht er zaghaft ein, dass die Lohnabhängigen bei uns „teilweise“ von der Überausbeutung des globalen Südens profitieren (S. 88). Das ist aber mehr als verharmlosend. Vielmehr wird das soziale Gefälle bei uns um ein Vielfaches überkompensiert durch die schamlose Ausbeutung des globalen Südens und durch die entsprechende einseitige Ressourcenaneignung.

Es ist nicht zu bestreiten, dass es auch skandalöse relative (!) Armut bei uns gibt (die übrigens durchaus systemimmanent zu beseitigen wäre), und es ist nicht zu bestreiten, dass dieser ein obszöner Reichtum einer kleinen Minderheit mit einem entsprechenden ökologischen Fußabdruck gegenübersteht. Aber die relative Armut bei uns als Alibi zu gebrauchen, um die Konsummuster insgesamt in den reichen Industrieländern nicht infrage stellen zu müssen, ist billigster Populismus auf Kosten der wirklich Armen. Wenn Dörre zum Beispiel behauptet: „Geflogen wird nahezu ausschließlich vom oberen Dezel der Haushalte“ (S. 83), dann ist das nicht nur seltsam weltfremd, sondern steht auch in Widerspruch zu seiner Forderung an anderer Stelle, dass man „der Putzfrau“ immerhin zumuten darf, in jedem zweiten Jahr auf ihren Mallorca-Flug zu verzichten. In seinen Falschaussagen sollte man wenigstens konsistent sein. Ich darf daran erinnern, dass die allermeisten Menschen auf diesem Globus (deutlich mehr als 90 %) den Luxus des Fliegens bis jetzt völlig entbehren mussten. Ich darf auch daran erinnern, dass die niederländische Milieu-Defensie als mit den Nachhaltigkeitserfordernissen individuell vertretbares Maß realistisch einen Fernflug alle 25 Jahre errechnet hat.

Die Benutzung der relativen Armut bei uns, deren Missbrauch als Alibi für Konsummuster, die nur auf der Basis einer unverschämten einseitigen globalen Ressourcenaneignung möglich sind, den Wohlstandsvorbehalt, unter den man jedes ökologische Handeln bei uns stellen will, hat Niko Paech treffsicher entlarvt: „Um zu vermeiden, dass dieser Wohlstandsvorbehalt primitiv oder eigennützig erscheinen könnte, wurde und wird der schöngeistige Anspruch vorgeschoben, Nachhaltigkeit dürfe sich nicht zulasten der sozial Schwachen oder gar ‚Armen‘ auswirken. Indes scheint das materielle Niveau, dessen Unterschreitung mit

Armut gleichgesetzt wird, in Deutschland wöchentlich zu wachsen. Die beständige Aufdeckung (oder Erfindung) neuer Tatbestände, die auf Armut, Ausgrenzung und soziale Benachteiligung schließen lassen, bilden einen Schutzwall für die Konsum- und Mobilitätsroutinen der prosperierenden Mehrheit.<sup>2</sup>

Der internationalistische Anspruch von Linken – zumindest im Sinne einer Rosa Luxemburg – sollte es sein, unsere eigene Situation aus der Perspektive der weltweit Marginalisierten zu begreifen. Dörre hingegen ist nicht bereit, den ethischen und erkenntnistheoretischen Standpunkt einzunehmen, der allein die Wahrheit unserer Situation zu enthüllen imstande ist: den Standpunkt der wahren Opfer unseres globalen Ausbeutungsregimes. Im Gegenteil: Sein „labour turn“ ist darauf angewiesen, diesen Zusammenhang zu negieren und herunterzuspielen. In diesem Sinne ist seine Polemik gegen die analytische Kategorie der „imperialen Lebensweise“ entlarvend genug. Er zeichnet – vermutlich wider besseres Wissen – eine Karikatur! Zur Erinnerung: Ulrich Brand und Markus Wissen bezeichnen damit den weltmarktvermittelten überproportionalen Zugriff auf Arbeitskraft, Land und andere Ressourcen des globalen Südens, die die Konsum- und Produktionsmuster im globalen Norden insgesamt verfestigt haben, was für die nötige Akzeptanz dieses Wirtschaftssystems, ja im Zweifelsfall auch für die aggressive Verteidigung dieser Lebensweise sorgt. Dörre bringt diese analytische Kategorie sofort in Zusammenhang mit einem individualistischen Transformationsansatz. Ich bin mir nicht sicher, ob er hier absichtlich karikiert oder ob bei ihm ein Reflex greift, der bei so vielen altbackenen Linken zu beobachten ist. Brand und Wissen haben ihre analytische Kategorie niemals mit dem Postulat in Verbindung gebracht, dass individuelle Verhaltensänderung der entscheidende Schlüssel zur Transformation wäre! Explizit haben sie in ihrem Buch formuliert, dass sie eben nicht an den „mündigen Verbraucher“ appellieren wollen. Hat Dörre das nicht gelesen? Kennt er etwa nicht mehr als das Schlagwort? Entweder ist es für einen Soziologieprofessor höchst blamabel oder es ist eine Frechheit. Tertium non datur. Mit der Wahl des Begriffs „Lebensweise“ in bewusster Abgrenzung von „Lebensstil“ haben Brand und Wissen darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um eine Alltagspraxis und Alltagsverstehen prägende Bewusstseinsform handelt, um einen kulturellen Habitus, in dem sich die Herrschaftsverhältnisse verfestigt haben. Und wenn man diese politisch aufbrechen will, muss man jenen in Rechnung stellen.

Das aber kann man gerade nicht, wenn man strategisch auf das „erwachende Selbstbewusstsein einer neuen Lohnabhängigenklasse“ (s. 223) setzt. Wenn

man diese strategische Option getroffen hat, bleibt einem gar nichts anderes übrig, als davon zu abstrahieren, dass diese Lohnabhängigenklasse eingebunden ist in dieses globale Ausbeutungsregime, dass sie als solche (!) kein Interesse daran haben kann, das zu ändern. Das „erwachende Selbstbewusstsein“ dieser Lohnarbeiterklasse hat sich bereits hinlänglich bemerkbar gemacht: bei der Verhinderung des Kohleausstiegs, bei der Forderung nach Abwrackprämien, beim „selbstbewussten“ Protest gegen strengere Rüstungsexportbestimmungen ... Natürlich gibt es die kleinen Gegenbeispiele, die als Ausnahme die Regel bestätigen. Es ist aber schon auffällig, wie sich bei Dörre die Wahrnehmung verzerrt: Die Tatsache, dass im Jahr 2020 einige Fridays-AktivistInnen einen Streik im öffentlichen Nahverkehr unterstützten und dass diese Unterstützung vonseiten der ver.di-KollegInnen wohlwollend aufgenommen wurde, reicht ihm schon, um von der großen wirkmächtigen Allianz von Arbeitern und KlimaaktivistInnen zu schwärmen, wohingegen er genau denjenigen radikalisierten Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung, der bisher allein politischen Druck für eine echte Klimapolitik erzeugt hat, merkwürdig relativiert und ihm lediglich symbolische Bedeutung zugesteht. Gehören nicht gerade und fast ausschließlich sie zu den „oppositionellen Bewegungen“, deren Druck sich auch Dörre wünscht, um Reformen von oben zu erzwingen? Von den Arbeitern und ihren Organisationen hat man bisher von punktuellen Ausnahmen abgesehen nur das Gegenteil wahrgenommen, und KlimaaktivistInnen sind eigentlich schon froh, wenn von dieser Seite nicht allzu heftiger Widerstand kommt.

Wenn man auf die Arbeiter (Dörre erweitert sein revolutionäres Subjekt immerhin um das akademische Prekariat und punktet damit vermutlich bei seinen eigenen StudentInnen) als das entscheidende Subjekt der Transformation setzt, muss man natürlich aufpassen, es nicht zu verschrecken. Ganz so wie das Kapital scheint es ein flüchtiges Reh zu sein. Das heißt: Man darf diesem Subjekt dann auch nicht allzu viel zumuten, muss es vor der ökologischen Wahrheit möglichst verschonen. Dazu gehört selbstverständlich die pauschale Forderung nach Lohnerhöhungen, die er unter anderem damit begründet, dass ökologisch wünschenswerte langlebige Konsumgüter eben teurer seien. Dass man von langlebigen Gütern logischerweise auch weniger braucht, scheint ihm entgangen zu sein. Dass die pauschale Forderung nach Lohnerhöhungen im Widerspruch zu einer Postwachstumsökonomie steht, die sich gerade dadurch auszeichnet, dass sie erheblich weniger an Gütern und Dienstleistungen

---

<sup>2</sup> Manfred Folkers, Niko Paech, All you need is less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht, München 2020, 121–122.

erzeugt und bei pauschalen Lohnerhöhungen folglich nur Inflation induzieren kann, ist ihm ohnehin nicht geläufig.

Deutlich wird Dörres konservatives Postulat der „Statussicherung“ an seinen „Übergangsforderungen“, die keineswegs auf der Höhe unserer zugespitzten Situation sind. Er scheut sich nicht, den ideologisch klar festgelegten Begriff des „Green New Deal“ aufzugreifen (dieser geht per definitionem von „grünem Wachstum“ aus), dem er ein „wahres Jobwunder“ zutraut. Von „Sozialismus“ bleibt also nicht viel mehr übrig als die alten Konzepte der Stahl-und-Beton-Sozialdemokratie. Konkret führt er hier lediglich an einer Stelle die Mobilitätswende an. Natürlich wird der Aufbau der Infrastruktur eines verbesserten öffentlichen Verkehrs Jobs schaffen. Dem steht aber, wenn man ernst macht mit Ökologiepolitik, ein Rückbau an anderer Stelle in viel größerem Maß gegenüber! Dörre macht mit Recht darauf aufmerksam, dass die nötigen Infrastrukturaufgaben privates Unternehmertum überfordern und daher dem Staat eine gewichtigere Rolle zuwächst. Dass aber der Aufbau einer anderen Infrastruktur im Energie- und Verkehrssektor zugleich mit einem materiellen Rebound, einem erheblichen Mehreinsatz von Energie und Ressourcen verbunden ist, der an anderer Stelle durch einen umso konsequenteren und schnelleren Rückbau zu kompensieren wäre, kommt ihm nicht in den Sinn. Dann müsste er nämlich seinen mit neuem Selbstbewusstsein ausgestatteten Arbeitern in den deutschen Werften klar sagen, dass wir in unserer Situation, in der wir eigentlich keine Nettoemissionen mehr verschulden dürften, weder Kreuzfahrtschiffe noch Containerschiffe oder gar Kriegsgerät bauen dürfen. Das wäre doch die Probe aufs Exempel dafür, was sein revolutionäres Subjekt zur Bewältigung der ökologischen Krise tatsächlich taugt. Aber Dörre ist hier durchaus bescheiden. Mit einer „schrittweisen

Absenkung der Rüstungsausgaben“ (S. 243) ist es für ihn schon getan.

Apropos Kriegsgerät: Dörre setzt auf die EU für eine neue Sicherheitsagentur – auf jene EU also, die als Antwort auf die Globalisierung gegründet wurde, um den europäischen kapitalistischen Staaten weltweit das nötige Gewicht zu verleihen, auf jene EU, die im Interesse der Beschleunigung der Kapitalkonzentration Demokratie massiv abgebaut hat, auf jene EU, deren sogenannte „vier Freiheiten“ die banalsten ökologischen Maßnahmen verhindern, auf jene EU, die den Lissabon-Vertrag in Verfassungsrang erheben und damit unter anderem ein neoliberales Wirtschaftssystem, ein auf Dauer gestelltes Wachstum und eine stetige Steigerung der Rüstungsausgaben festschreiben wollte ... Und was die neue Sicherheitsagentur betrifft, sei Professor Dörre daran erinnert, dass gerade der militärische Arm der EU ökologische Belange besonders im Auge hat. Bereits das European Defense Paper aus dem Jahr 2004 hat Planspiele für die Kriege um kommende knapper werdende Ressourcen erarbeitet.

Dass das Setzen auf die Lohnabhängigen „mit erwachtem Selbstbewusstsein“ (das KlimaaktivistInnen eher Angst einflößt) in hohem Maß Wunschdenken ist, scheint Dörre insgeheim auch zu wissen – relativiert er doch selbst an der einen oder anderen Stelle (S. 48) die Rolle der Arbeiterbewegung und deutet er doch zumindest an, dass die oppositionellen Bewegungen, die imstande wären, Reformen von oben zu ertrotzen, woanders zu suchen sind (S. 49). Unsereiner empfindet es insbesondere als ärgerlich, dass diese strukturkonservative und sozialchauvinistische Verteidigung des Status quo für den „kleinen Mann“ im Wohlstandswunderland Deutschland bei einigen möglicherweise als „Ökosozialismus“ durchgeht.

Januar 2022

## Propagandaschlacht ums Klima. Epilog

Rezension von Götz Brandt zum Epilog zum Buch von Michael E. Mann: Propagandaschlacht ums Klima

Das Buch „The New Climate War“ erschien 2020 in den USA und die deutsche Übersetzung „Propagandaschlacht ums Klima“ erschien 2021.

Der Epilog mit 34 Seiten Umfang schätzt die Lage nach dem Wahlsieg der Demokraten ein, denn die Trump-Administration leugnete den Klimawandel und war aus den UN-Gremien zum Klimaschutz ausgetreten. Die Leugnung des Klimawandels ist inzwischen mit der „unaufhörlichen Abfolge von Hitzeextremen, Dürreperioden, höllischen Waldbränden, Überschwemmungen und katastrophalen Superstürmen“ unmöglich geworden.

Die 2020 an die Macht gekommenen Demokraten erkennen den Klimawandel zumindest an. Die Covid-19-Krise hatte die Probleme des Klimawandels zeitweise überdeckt. Nunmehr finden die Probleme Klimakrise in den Mainstream-Medien der USA Erwähnung, denn in den USA konnte die Klimakrise nicht mehr gelehnet werden. Die Biden-Administration will die führende Rolle der USA beim Klimaschutz wieder herstellen. Ehrgeizige Ziele werden verkündet: Senkung des Klimagasausstoßes bis 2030 um 50 Prozent. Gleichzeitig genehmigt die Biden-Regierung aber weiterhin fossile Energieprojekte.

# Impressum

---

Die Hälfte der Mittel der G7-Staaten zur Konjunkturbelebung flossen in neue Erdgas- und Erdölprojekte. Bill Gates stellt die Kernenergie und das Geo-Engineering in den Mittelpunkt des Klimaschutzes. Auch die Biden-Administration setzt auf Zukunftstechnologien, die erst noch erfunden werden müssen. Währenddessen steigen die Kohlendioxid-Emissionen weltweit weiter an. Empfohlen wird vom Autor, nur diejenigen Politiker zu wählen, die sich für den Klimaschutz engagieren. Eine wirkungslose Empfehlung.

## Autoren

Didem Aydurmus, Marcus Otto, Götz Brandt - Mitglieder der Ökologischen Plattform  
Bruno Kern, Netzwerk Ökosozialismus  
Jürgen Tallig, freier Autor, Klimablog <https://earthtack-taligsklimablog.jimdofree.com/>  
Helmut Gelhardt, Katholische Arbeitnehmerbewegung Trier, Sprecher Gerechter Welthandel



Dieser Epilog zeigt ebenso wie das Buch, dass die Oligarchen in den USA und weltweit nicht die Absicht haben, den Klimawandel zu stoppen. Die Macht der fossilen Industrie und ihre weitverzweigte Lobby verhindern das. Den Kapitalisten ist ein zukünftiges Höllenklima egal. Hauptsache gegenwärtig stimmen die Profite.

(zu diesem Buch gab es eine Rezension in der Tarantel Nr. 93 – II/2021 auf Seite 26)

## Bildnachweise

Titel, S. 20: Hermann Franz  
S. 10, 30 Volker Bohn

Zum Titelbild: Nach 2019 fand nach drei Jahren Abstinenz 2022 am 11. Juni endlich wieder ein Umweltfest in Berlin statt, bei dem auch die Ökologische Plattform zusammen mit der LAG Umwelt und der AK Rote Beete präsent war.

Stand der ÖPF auf dem Parteitag in Erfurt im Juni 2022

## Impressum

**Herausgeber:** SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform; ISSN 2195-027X

**Redaktion:** [tarantel@oekologische-plattform.de](mailto:tarantel@oekologische-plattform.de)  
(ausschließlich für Belange der Tarantel)

**Layout:** Hans-Jürgen Paasch, Oeste, [www.buchgestalter.eu](http://www.buchgestalter.eu)

**Kontakt:** Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE;  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
E-Mail: [oekoplattform@die-linke.de](mailto:oekoplattform@die-linke.de)  
Internet: [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

**Redaktionsschluss:** 30. 11. 2022

**Beiträge,** Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in maschinenlesbarer Form per E-Mail einsenden oder das Formular auf <https://www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel/> benutzen. Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen. Über eine Veröffentlichung

entscheidet der SprecherInnenrat, der sich sinnwahrende Kürzungen und ggf. Umformulierungen vorbehält.

**Veröffentlichte Beiträge,** auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne weitere Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

**Geplanter Redaktionsschluss** für die nächste Ausgabe: 15. 2. 2023

**Elektronische Fassungen** dieser und älterer Ausgaben unter [www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel](http://www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel)

**Bestellung/Adressänderung:**

[kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de) oder  
<https://www.oekologische-plattform.de>

**Spenden** für die „Tarantel“ und ÖPF: Partei DIE LINKE;  
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00; BIC: BEVODEBB;  
Verwendungszweck: Ökologische Plattform – Spende

## Bundesebene

### Ökologische Plattform

#### *SprecherInnenrat:*

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin,  
oekoplattform@die-linke.de  
<https://www.oekologische-plattform.de>  
Petra Beck, pbe@gmx.net

#### *Erklärung Mitgliedschaft:*

<https://www.oekologische-plattform.de/mitgliedschaft/>

#### *Anmeldung Mailverteiler:*

<https://www.oekologische-plattform.de/newsletter/>

### BAG Tierschutz und Tierrechte

camila.cirlini@die-linke.de

### BAG Klimagerechtigkeit

bag.klimagerechtigkeit@die-linke.de  
<https://www.dielinke-klima.de>

### Bundestag

Ralph Lenkert,  
Tel. 030 227-72636, Fax 030227-76638,  
ralph.lenkert@bundestag.de

## Landesebene

### Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Strohhof 36, 70180 Stuttgart,  
WolfgangKaemmerer@outlook.de

### Bayern

LAG Umwelt, Röntgenstraße 41a, 85055 Ingolstadt,  
eva@bulling-schroeter.de  
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

### Berlin

AK Rote Beete, Karl-Heinz Ludewig,  
karl-heinz.ludewig@die-linke-kreuzberg.de  
AK Rote Beete (West), Dennis Egginger-Gonzalez,  
Tel. 0176 47182144, ak-rotebeete-west@posteo.de

### Brandenburg

LAG Umwelt, c/o Peter Engert, K.-E.-Ziolkowski-Ring 1,  
15517 Fürstenwalde, peterengert@t-online.de

### Bremen

Helmut Kersting, helmutkersting@die-linke-bremen.de

### Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,  
g.siegler@web.de

### Hessen

Achim Lotz, Ref. Umweltpolitik, Ressourcen- und  
Naturschutz, Forst, Landwirtschaft und  
Verbraucherschutz,  
Fraktion DIE LINKE im Hessischer Landtag,  
a.lotz@ltg.hessen.de, Tel. 0611 350 60-87  
Netzwerk Ökosozialismus, Bruno Kern,  
fackelkraus@gmx.de

### Mecklenburg-Vorpommern

LAG ÖPF Schwerin, Madeline Cords,  
madeline\_cords@posteo.de  
Carmen Ziegler, carmen\_ziegler@gmx.net

### Niedersachsen

LAG ÖPF, Karsten Färber,  
Karsten.farber@kabelmail.de  
Heinz Preuß, Sedanstraße 6, 31787 Hameln,  
hpborusso@posteo.de

### Nordrhein-Westfalen

Rainer Nickel, Rosa-Luxemburg-Stiftung-Regional-  
büro NRW, Hedwigstraße 30-32, 47058 Duisburg,  
rainer.nickel@rls-nrw.de, Tel. 0203 3 177 392

### Rheinland-Pfalz

LAG ÖPF RP, Wolfgang Huste, whuste@aol.com  
Marion Morassi, Walporzheimer Straße 5,  
53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de

### Saarland

Ralf Georgi, umweltpolitischer Sprecher Landtag  
des Saarlandes,  
Tel. 0681 5002429, r.georgi@landtag-saar.de,  
ralf.georgi@linksfraktion-saar.de

### Sachsen

Marco Böhme, MdL,  
marco.boehme@linksjugend-sachsen.de  
Dr. Jana Pinka, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,  
01067 Dresden, jana.pinka@slt.sachsen.de

### Sachsen-Anhalt

AG Umwelt, Frigga Schlüter-Gerboth,  
Ernst-Haeckel-Straße 5, 06122 Halle,  
Tel. 0345 29418-63  
Frank Roßband, frank.rossband@web.de

### Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, friedrich\_bernd@t-online.de,  
Augrund 7, 24321 Lütjenburg  
Hans-Jürgen Schulze, hajueschulze43@gmail.com,  
Öhlmüllentallee 1, 24306 Plön

### Thüringen

Helmut Bessner, Robert-Koch-Straße 10, 98527 Suhl,  
Tel. 03681 804346, helmut.bessner@gmail.com

## linke und ökologische Medien

Neues Deutschland: Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin, politik@nd-online.de  
junge welt, Torstraße 6, 10119 Berlin,  
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Branden-  
burg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin,  
Tel. 030 44339147,  
[www.grueneliga-berlin.de/raberalf](http://www.grueneliga-berlin.de/raberalf)



# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

Nr. 94

Dezember  
2022

**DIE LINKE.**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>		2
<b>Gesellschaft und Umwelt</b>		
Jürgen Tallig	Kurs Klimakatastrophe Der Weltklimarat warnt vor verheerenden, irreversiblen Folgen unseres Krieges gegen die Natur und das Klima	4
Helmut Gelhardt	Sozial-ökologische Transformation und Wirtschaftsdemokratie – konkrete Utopie oder Verzögerung einer besseren Alternative?	6
AntragstellerIn ÖPF	Antrag G10: Solidarische linke Regionalpolitik durch Investitionslenkung (1. Tagung des 8. Parteitags, Erfurt, 24.–26. Juni 2022)	11
Ökologische Plattform	Sozial gerechte und ökologische Regionalplanung mit dezentraler Wirtschaft und Bildung, rechtlicher und finanzieller Lenkung	13
Didem Aydurmuş	Linke vereint Euch – jetzt oder nie!	19
<b>Parteileben</b>		
AntragstellerIn ÖPF	Antrag P.08.: Ein Klasse Apparat (2. Tagung des 7. Parteitags, Online, 19./20. Juni 2021)	22
Marcus Otto	Die Ebene der Entscheider koppelt sich ab Gespräche von Nico Popp, mit Marcus Otto, Mitglied im SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform	23
<b>Bücherecke</b>		
Bruno Kern	Labour turn? Sozialchauvinismus pur! Rezension von Bruno Kern zum Buch von Klaus Dörre „Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution“	24
Götz Brandt	Propagandaschlacht ums Klima. Epilog Rezension von Götz Brandt zum Epilog zum Buch von Michael E. Mann: Propagandaschlacht ums Klima	29
<b>Autoren/Bildnachweis</b>		30
<b>Impressum</b>		30
<b>Kontaktadressen</b>		31
<b>Inhaltsverzeichnis</b>		32